

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jährem.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Börsenstraße 16a part.
Telefonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **520000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wenige Tage nach der Meldung vom dem erfolglosen Verlauf der Verhandlungen des Essener Rohisenverbandes mit den lothringisch-lugemburgischen Werken über den Syndikatsabschluß wurde durch eine neue Vermittlungskaktion eine Verständigung erzielt. Jetzt ist somit die gesamte deutsche Roheisenproduktion kraftvollert. Die Vertragsdauer des erweiterten Verbandes läuft bis zum Jahre 1915, während der jetzige Vertrag des Stahlwerksverbandes nur bis zum Jahre 1912 Geltung hat. Unter anderen Umständen hätte die Vervollständigung des Essener Roheisenverbandes der Börse wahrscheinlich eine nachhaltige Anregung gegeben, während bei der jetzigen Börseverfassung die Einigung in der Roheisenindustrie kaum beachtet wurde. Auch die Abjektivität von verschiedenen Montanwerken, die wiederum glänzende Ergebnisse aufweisen, haben die Stimmung der Börse nicht beeinflusst. Die Phönix-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, die, wie wir bereits vermerkten, für 1910/11 wieder eine Dividende von 15 Prozent verteilte, erzielte nach Abschreibungen und ähnlichen Aufwendungen von zusammen 12,76 Millionen Mark einen Reingewinn von 26,26 Millionen Mark und damit eine Steigerung gegen das Vorjahr um 3,75 Millionen Mark. Es wird der größte Teil dieses erhöhten Reingewinnes jedoch nicht zur Verteilung gebracht, sondern in Vortrag gestellt, der damit auf 6 Millionen Mark steigt. Ueber die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr, erklärte der Bericht der Phönix-Gesellschaft, lasse sich nichts Sicheres sagen, die Gesellschaft trete jedoch mit einem reichlichen Auftragsbestand in das neue Jahr ein. Diese Bemerkung in Verbindung mit den hohen Referenzstellungen verleihe die Aufschätzung der Verhältnisse rechne. Nach dem Umschwung der Börsekonjunktur ist die Spekulation sehr pessimistisch geworden, sie neigt übermäßig der Meinung zu, daß die gewerbliche Aufwärtsbewegung den Gipfel überschritten habe, und keineswegs mit einer zunehmenden Besserung zu rechnen sei. Die Erwartungen auf eine neue Hochkonjunkturwelle, die nach der wenigen Wochen vielfach bestanden, werden nirgends mehr gehegt.

Nicht überraschend kam eine Steigerung des Reichsbankdiskonts; der Wechselzinsfuß stieg von 4 auf 5 Prozent, auch im Auslandes erfolgte die Zinsätze Erhöhungen. Man hat diese Steigerungen auf politische Ursachen zurückführen wollen, da die französische Finanzkurve, die sie in Deutschland unterstellt, ländigte. Inbes zeigen die Verhältnisse am französischen Geldmarkt, daß die Zurückforderung von Frankreich lebhaft wirtschaftliche Motive hatte. Die Gelddrucke, die an die Reichsbank in den letzten Wochen gestellt wurden, sind ganz außerordentlich hoch, daher ist es sehr zweifelhaft, ob der Zinsfuß von 5 Prozent bis zum Jahresabschluss bestehen bleibt wird, eine weitere Erhöhung dürfte eher zu erwarten sein. Um stranglell gerüstet zu sein, ziehen die Banken Geldmittel nach Kräfte zusammen, sie haben auch bereits mit Kredit-einschränkungen begonnen, und zwar nicht nur mit Einschränkungen bei der Gewährung neuer Kredite, sondern mit Rückforderungen von Krediten. Günstig auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse können diese Vorgänge naturgemäß nicht einwirken.

Nach dem Geschäftsbericht der Phönix-Gesellschaft bezogen die Arbeiter ihrer verschiedenen Unternehmungen im Jahre 1910/11 einen Durchschnittslohn von 1529 M. Für das vorhergehende Jahr sind keine Angaben über Durchschnittslöhne gemacht worden, wohl aber für das Jahr 1906/07 bis 1908/09. In diesen Jahren stellten sich die Durchschnittslöhne auf 1523 M., 1577,43 M. und 1491,95 M. Während also der Rückgang von 1907/08 bis 1908/09 ein sehr scharfer gewesen ist, trat inzwischen eine kaum nennenswerte Besserung der Arbeiterlöhne ein. Der Lohn von 1910/11 ist um rund 50 M. niedriger als im Jahre 1907/08, was um so mehr bedeutet, wenn man die inzwischen eingetretene Teuerungsverhältnisse berücksichtigt. Ein Vorbild für die Vorgehensweise könnte den Arbeitern der Phönix der Aufsichtsrat der Gesellschaft sein, der bei der unveränderten Dividende seine Konten demnach erhöhte, und zwar um fast 500 000 M. gegenüber dem Vorjahre, auf 1,979 Millionen Mark.

Eine gleiche Politik wie die Phönix-Gesellschaft treiben die Rombacher Hüttenwerke, die zwar eine Erhöhung der Dividende von 8 auf 9 Prozent vornehmen, aber einen sehr großen Teil ihres gesteigerten Ueberschusses zu Rückstellungen beschriebener Art benutzen. Bei den Rombacher Werken erfuhr der Ueberschuss eine Zunahme um mehr als 2,40 Millionen Mark, wovon nur 900 000 M. zur Erhöhung der Dividende verwandt werden, 1,20 Millionen Mark mehr als im Vorjahre werden für Extrabschreibungen, für Werkverweiterungen und Umbauten benutzt. Bei dem Lothringisch-lugemburgischen Hüttenverein Aumetz-Friede, der eine Dividende von 12 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre ausschüttet, ist der Reingewinn von 8,40 auf 9,70 Millionen Mark gestiegen, der Reingewinn erhöhte sich von 5,63 Millionen Mark auf 6,82 Millionen Mark. Dabei ist das Ergebnis der neu erworbenen Werke Viktor in den Gewinnzahlen noch nicht enthalten, während die Veranjung der zum Zweck des Erwerbs dieser Werke ausgegebenen 16,6 Millionen Mark Aktien zur Hälfte bereits aus dem Gewinn für 1910/11 erfolgt.

Nach den Kämpfen auf dem Rohisenmarkt, die der Aufschwung der Rohisenindustrie folgten, wurde dem Abschluß der Waage-

manndrehenwerke mit einer gewissen Spannung entgegen gesehen. Die Gesellschaft verleiht, wie in den beiden letzten Jahren, wieder eine Dividende von 12 1/2 Prozent, obwohl an der Dividende diesmal die Hälfte der im Spätherbst ausgegebenen Aktien von 7 1/2 Millionen Mark teilnimmt. Der Umsatz der deutschen Mannesmannröhrenwerke ist im letzten Geschäftsjahr von 97,76 Millionen Mark auf 46,22 Millionen Mark gestiegen, der Umsatz aller zur Mannesmanngruppe gehörenden Werke, also der deutschen, österreichischen und italienischen Betriebe, von 61,92 Millionen auf 72,14 Millionen Mark. Nach der schon erwähnten, erst im Herbst vorigen Jahres vorgenommenen Kapitalerhöhung schritten die Mannesmannwerke wiederum zu einer Erhöhung ihres Kapitals durch Ausgabe von 3 Millionen Mark Aktien. Die neuen Mittel dienen zur Angleichung des Werkes Grillo, Funke & Co., das vorzugsweise Bleche herstellt. Die Gesellschaft Grillo, Funke & Co. in Gelsenkirchen-Schalke besitzt auf 11 Hektar Grundbesitz ein Siemens-Martinwerk mit 105 000 Tonnen Jahresproduktion (1910/11), das inzwischen vergrößert wurde, ein Fein- und Mittelschmelzwerk von 40 000 Tonnen Erzeugungsfähigkeit, ein Grobblechwerk von 150 000 Tonnen Leistung, ein Warmwalzwerk für Qualitätsbleche, eine Wassergaschmelzerei mit Wellrohrwerk. Der Umsatz wird für das Kalenderjahr 1910 mit 11,56 Millionen Mark (1909 10,06 Millionen Mark) beziffert.

Zurückhaltend wird die wirtschaftliche Situation auch in dem Bericht beurteilt, den der Vorstand des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten, Kommerzienrat Ernst Klein (Nahbrunn), in der in diesen Tagen abgehaltenen Vorstandssitzung erstattete. Bei der Hauptversammlung im Frühjahr, erklärte er, habe er feststellen können, daß sich die wirtschaftliche Lage des Maschinenbaues gegenüber den Vorjahren etwas gebessert habe. Auch heute sei im allgemeinen diese Auffassung von der wirtschaftlichen Lage wohl berechtigt, obwohl bereits Anzeichen bemerkbar sind, die zur Vorsicht mahnen, es wird abzuwarten sein, ob sie, was wahrscheinlich ist, nur eine augenblickliche Stodung darstellen, oder aber den Beginn einer rückläufigen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage anzeigen. Von seinen weiteren Ausführungen heben wir die folgenden Stellen hervor: Die Wirkung der Arbeitslosigkeit hierzulande in der letzten Woche läßt sich zurzeit noch übersehen, vor allem nicht, ob ihre Beseitigung für längere Zeit ruhige Verhältnisse sichert. Der Rückgang der Arbeiterzahl um fast 4 vom Hundert deutet an, daß die Gesamtbeschäftigung, die in den beiden vergangenen Jahren außerordentlich angestiegen war, etwas nachgelassen hat, was jedoch nicht als unangenehm angesehen ist, da im vergangenen Jahre die Werke infolge der übermäßig starken Beschäftigung vielfach nicht in der Lage waren, die Liefertermine innezuhalten. Auch heute noch sind in einzelnen Sonderzweigen die Werkskräfte bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, die Abnahme kommt auf Rechnung des allgemeinen Maschinenbaues. Die Erhaltung der Auslandsmärkte, die mehr als ein Drittel des deutschen Maschinenbaues aufnehmen, ist für den deutschen Maschinenbau eine der wichtigsten Lebensbedingungen, und daher wird die Frage der Neugestaltung der deutschen Zollverhältnisse und der durch sie bedingten demnachstigen neuen Handelsverträge Gegenstand ernster Sorge und eifriger Arbeit sein müssen.

Die finanziellen Ergebnisse der Unternehmungen haben sich im Jahre 1910, wie der Vorstand des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten im Vorlaufe seiner Rede betonte, im Vergleich mit den früheren Jahren vielfach gebessert. Die größte Steigerung ihrer Erträge weisen die Fabriken der Textilmaschinen auf, daran reihen sich die Fabriken, die Sondermaschinen bauen, an dritter Stelle stehen die Werkzeugmaschinenfabriken. Die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen und die mit Schiffbau verbundenen Maschinenfabriken zeigen eine geringe Besserung, der allgemeine Maschinenbau ist auf seinem bisherigen Ertragsniveau geblieben, und die Lokomotivbauindustrie, die im Jahre 1909 einen durch besondere Verhältnisse bedingten hohen Gewinn abgeworfen hatte, ist auf ihre frühere Wirtschaftlichkeit wieder zurückgegangen.

Das Eisenbahn-Zentralamt in Berlin ist beauftragt worden, wegen Bestellung von 510 Lokomotiven verschiedener Gattungen für die preussisch-hessischen Staatsbahnen, sowie von 15 Lokomotiven für die Reichseisenbahnen mit den beteiligten Lokomotivbauanstalten in Verbindung zu treten. Ferner verhandelt das Amt wegen Vergebung der Herstellung von 1260 Personenwagen, 280 Gepädwagen und 8613 Güterwagen verschiedener Gattungen für die preussisch-hessischen Staatsbahnen, sowie von 56 Personenzugwagen, 24 Gepädwagen und 1314 Güterwagen für die Reichseisenbahnen mit den beteiligten Waggonbauanstalten.

Zur Begründung der Dividendenminderung von 6 auf 4 Prozent erklärt die Blohm & Voß-Kommanditgesellschaft in Hamburg, daß das Geschäftsjahr 1910/11 unter dem Einfluß des Werstarbeiterstreiks gestanden habe. Nach Abschreibungen, die zahlmässig nicht angegeben, aber als genügend bezeichnet werden, beträgt der Ueberschuss 974 555 M. gegen 1 188 014 M. im Vorjahre. Im neuen Geschäftsjahre verblieben im Bau für die deutsche Marine außer dem großen Turbinenkreuzer „Macke“, dessen Ablieferung sich durch den Streik um einige Monate verzögert hatte, die großen Turbinenkreuzer „Eden“ und „J“ und an Handelschiffen eine Viermaßkraft für die Firma F. Laeisz, „Cap Finistere“ für die Hamburg-Elb-amerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, zwei Schiffe mit Dieselmotorenantrieb (eins für eigene Rechnung, das andere für die

Hamburg-Amerika-Linie), ein Reichspostdampfer für die Deutsche Ostafrika-Linie und ein großer Turbinenschiffdampfer für die nordatlantische Fahrt der Hamburg-Amerika-Linie. Der dreimonatige Streik der Werftarbeiter, führt die Verwaltung im Geschäftsbericht aus, habe die Gesellschaft schwer geschädigt, „um so mehr, als die beträchtlichen Lohnerhöhungen langfristige Aufträge treffen“. Die Beamten- und Arbeiterzahl hat durchschnittlich 6721 betragen gegen 5470 im Vorjahre. Zum Schluß wird erwähnt, daß auch in diesem Geschäftsjahr der große Arbeiterwechsel sehr lebend gewirkt habe. — Von der Aktiengesellschaft G. Seebad, Schiffswerft in Geseesmünde, wurden über ihre Beschäftigung in diesen Tagen folgende Angaben gemacht: Der Kohlenfrachtdampfer „Silbe-Sugo Stinnes 10“ verließ den Werfthafen, um seine Probefahrt nach See anzutreten. Fünf gleiche Fahrzeuge hat die Gesellschaft noch im Bau. Außerdem befinden sich auf der Werft im Bau: ein Küstenfrachtdampfer und sieben Hochseeschiffdampfer. In den letzten Tagen hat sie weitere zwei Hochseeschiffdampfer in Auftrag erhalten, welche im Herbst 1912 geliefert werden.

Eine Dividendenminderung von 20 auf 30 Prozent nimmt die Vogtländische Maschinenfabrik in Plauen bei außerordentlich reichlichen Abschreibungen vor. — Die Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co., Aktien-Gesellschaft in Bielefeld, verteilte 8 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahre, die Bittauer Maschinenfabrik und Eisengießerei Aktiengesellschaft 10 Prozent gegen 9 Prozent, die Maschinenbauanstalt Gumboldt in Berlin-Pankow verteilte wiederum eine Dividende von 8 Prozent, die Maschinenbauaktiengesellschaft vormals Starke & Hoffmann in Girschberg wird wieder die Ausschüttung einer Dividende von 3 Prozent vorschlagen. — Eine kräftige Erholung erlangte das Alexanderwerk V. von der Rahmer, Aktiengesellschaft in Remscheid. Nach 295 258 M. Abschreibungen und nach Abzug des Verlustvortrages aus dem Vorjahre von 284 286 M. verblieb ein Reingewinn von 184 859 M. Bekanntlich hatte die Gesellschaft durch die Übernahme der Wachs-Gesellschaft erhebliche Verluste erlitten.

Nach Abschreibungen von 159 143 M. gegen 150 401 M. im Vorjahre verteilte die Aktiengesellschaft für Waffen- und Fahrradteile Weherschberg, Kirschbaum & Cie. in Solingen einen Reingewinn von 341 644 M. gegen 289 670 M. im Vorjahre. Die Dividende kommt wiederum in Höhe von 3 Prozent zur Verteilung. Im neuen Geschäftsjahr, bemerkt die Verwaltung, ist in der Waffenabteilung ein Auftrag für eine ausländische Regierung eingegangen, auch in der Fahrradabteilung stellen sich die Aufträge bisher in einem zufriedenstellenden Umfang ein. — Nach zwei verlustreichen Geschäftsjahren weist der Abschluß der Westfälischen Stahlwerke, Aktiengesellschaft in Bochum, wieder einen Ueberschuss, wenn auch nur in einer Höhe von 6863 M. auf. Es habe sich, so hebt der Geschäftsbericht ausdrücklich hervor, auch im abgelaufenen Geschäftsjahre gezeigt, daß die Zugehörigkeit zum Stahlwerksverbande für die Gesellschaft von erheblichem Nachteil war. Diese Erklärung ist wieder ein einwandloses Zeugnis für die Gewalttätigkeit der Schwerindustrie, deren Vertreter die Anwendung von Terror als ihr unerschöpfbares Recht reklamieren.

Berichtigung: Die Wirtschaftliche Rundschau in Nr. 37 enthält auch einen Bericht über Gründungsversuche einer Interessengemeinschaft am obersteifischen Stabelfeldmarkt, in dem von der Errichtung eines Manganwerkes die Rede war. Dieses Manganwerk verbannt einem Druckfehler seine Existenz, es handelt sich um ein Organwerk, das ist ein Maßwerk amerikanischer Systeme, das durch seine technischen Verbesserungen die Produktionskosten erheblich herabmindert.

Metallarbeiterverhältnisse in Sessen.

(Schluß.)

In den meisten Berichten wird festgestellt, daß die Einrichtung des gesetzlichen Zehnstundentages an Stelle des elfstundentages ohne alle Schwierigkeiten vor sich ging, da er in den weitaus meisten Betrieben bereits eingeführt war. Dagegen macht nach dem Darmstädter Bericht die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Betrieben der Sonn- und Festtage viele Schwierigkeiten und führt auf hartnäckigen Widerstand. Die üblichen Anfertigungsarbeiten am Vormittag, namentlich im Sommer, die gewohnheitsmäßigen Pausen, die achtstündige Arbeitszeit und der Stillfahrtschluß stehen in keinem zahlenmäßigen Zusammenhang. Die achtstündige Arbeitszeit ist fast immer schon viel früher abgelaufen, als um fünf Uhr, zuweilen muß die Arbeit schon um 3 1/2 oder 3 Uhr beendet werden, namentlich dann, wenn bei der kurzen Dauer der Nachmittagsbeschäftigung die Pause am Nachmittag ganz wegfällt. Da liegt die Verlängerung bis zum Zwangsschluß sehr nahe, zumal die gesetzliche Frist der Zeit nach eingehalten scheint. Es kommt ja vor, daß an diesen Tagen die Arbeit später beginnt, daß längere Pausen eingeschaltet werden, um die an Samstagen besonders rege Ablieferung der Erzeugnisse gemeinsam mit den männlichen Personen auszuführen und zu befrachten, aber im allgemeinen stehen sich die Arbeitszeiten der Arbeiter und Arbeiterinnen dann zu verschiedenenartig gegenüber, als daß eine gleichmäßige Regelung, die im lebhaftesten Interesse der Erzeugungsvorgänge liegt, nicht auf Schwierigkeiten und damit die gesetzliche Vorschrift auf Widerstand stoßen sollte. Man schließt dann lieber gleichzeitig für Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders dann, wenn der gemeinschaftliche Arbeitschluß zur gesetzlichen Zeit oder zu kurze Zeit früher erfolgt und

sch der Beginn der Arbeitszeit und die Pausen einigermassen oder ganz in gleiche Zeiten legen lassen. Damit ist dann von selbst eine Verkürzung der Arbeitszeit für die männlichen Personen verbunden. In Einzelfällen glauben die Unternehmer nicht auf die abendliche Weiterarbeit der männlichen Arbeiter verzichten zu können. In einem Betriebe zum Beispiel wurde eine Arbeiterin durch einen Arbeiter ersetzt, in dem gleichen und in einem weiteren gleichartigen Betriebe sind fünf Arbeiter für die Arbeit der Arbeiterinnen angelernt worden. Nach dem Samstagsschluß übernehmen sie die Beschäftigung der letzteren.

Wir haben diese weltläufigen Ausführungen des Darmstädter Ausschusses hierher gesetzt, weil sie eine besondere Charakterisierung und ungewollte Beurteilung der dilettantenhaften Selbstheit unserer Arbeiterchutgesetzgebung bedeuten. Deren Beschränkung auf die Arbeiterinnen, die angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse in zahlreichen Betrieben eine unglückliche Weltfremde bekundet, hat nun geradezu eine Anarchie hervorgerufen, ein Durcheinander, das auch die Kontrolle über die Durchführung der gesetzlichen Arbeiterchutvorschriften erschwert. Aber auch der Rückgang der am Samstag für die Arbeiterinnen in der längeren Arbeitszeit an den ersten fünf Wochentagen eine ungeschickte Einrichtung, der der sozialdemokratische Antrag auf sechsstündige Arbeitszeit und freien Samstag nachmittag als glücklicher Gebante vorzuziehen gewesen wäre. Dahin muß es auch kommen, das muß das Ziel gewerkschaftlicher Bestrebungen sein, und zwar selbstverständlich für die Arbeiter wie für die Arbeiterinnen gleichermaßen.

Im **M a i n a g e r** werden nähere statistische Mitteilungen über die Arbeitszeitverhältnisse in der Metall- und Maschinenindustrie gemacht. In der Metallindustrie hat ein Betrieb noch eine Arbeitszeit von 11 1/2 Stunden, 2 Betriebe von je 11, 2 von 10 1/2, 14 von 10, 1 von 9 1/2, 16 von 9 1/4, 10 von 9, 3 von 8 1/2, 2 von 8 1/4 und 1 Betrieb hat eine Arbeitszeit von 8 Stunden. Die längste Arbeitszeit haben die Schmelze auf dem Lande. In der Maschinenindustrie beträgt in 1 Betrieb die Arbeitszeit 11 1/2 Stunden, in 1 Betrieb 11 1/4, in 20 Betrieben 11, in 2 Betrieben 10 1/2, in 1 Betrieb 10 1/4, in 24 Betrieben 10, in 1 Betrieb 9 1/2, in 20 Betrieben 9 1/4, in 1 Betrieb 9 1/8 und in 7 Betrieben 9 Stunden. Hier findet sich die längste Arbeitszeit in den Wagnereien auf dem Lande. Diese kleine Statistik zeigt, wie stark verbreitet noch immer die lange Arbeitszeit ist und wieviel die Gewerkschaft noch zu tun hat, um den Arbeitern so viele Ruhestunden zu retten, damit sie sich wenigstens einigermassen als Menschen fühlen können.

Erdwärmenswert ist aus dem Darmstädter Bericht, daß ein großer Betrieb der Eisenindustrie mit mehr über 1000 Arbeitern bei gleichzeitiger Reduktion der Wochenarbeitszeit um eine Stunde den Schluß der Arbeitszeit an Samstagen von 4 1/2 auf 1 Uhr verlegt hat. Die verkürzte Samstagarbeitszeit wird durch eine kleine Verlängerung an den anderen Wochentagen eingeholt, was freilich nicht angenehm ist und den Wert des freien Samstagnachmittags beeinträchtigt.

Dieses wurde auch in Hessen von Unternehmern die Verkürzung der Arbeitszeit durch **U e b e r s t u n d e n** wettzumachen gesucht. Nicht weniger als 130 Betriebe gegen nur 47 im Jahre 1909 erhielten in 148 Fällen (1909: 58) Ueberstundenvergütungen für 1 bis 2 Stunden an 2952 (1006) Tagen für zusammen 116 300 (84 747) Stunden und 6688 (1608) Arbeiterinnen. Dazu kommen noch 33 (26) Betriebe, denen in 42 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit an den Samstagen um 1 bis 3 Stunden für 754 Arbeiterinnen an 1248 Tagen und für 48 086 Stunden bewilligt wurde.

Auf die Metallindustrie entfallen 3029 Ueberstunden an 75 Tagen, die 21 Arbeiterinnen machen konnten, auf die Maschinenindustrie 490 Ueberstunden an 14 Tagen und für 20 Arbeiterinnen. Auch an den Samstagen wurden in der Metallindustrie von 3 Arbeiterinnen an 49 Tagen 441 Ueberstunden gemacht, und zwar in nur einem Betrieb. Es hatte jede Arbeiterin durchschnittlich 147 Ueberstunden an den Samstagen zu machen, 3 Stunden an jedem Samstag. Und das bewilligt eine Behörde! Da wird jede Arbeitszeitverletzung zur bloßen Farce.

Wegen Uebertretung der Bestimmungen über die **S o n n t a g s r u h e** wurden im Darmstädter Bezirke die Betriebsleiter dreier Maschinenfabriken mit je 10 M. bestraft. Einer Drahtwarenfabrik im Wormser Bezirk wurde wegen der Entschärfung Sonntagsschloßes bewilligt.

In hiesiger Weise charakterisiert der Wiesener Ausschuss die bei der Besprechung der Arbeitsordnungen der Unterseite in den sozialen Ansprüchen und Bedürfnissen der organisierten und unorganisierten Arbeiter. Er konstatiert das Interesse, das organisierte Arbeiter an der Gestaltung der Arbeitsordnung nehmen, deren Bedeutung übrigens durch die Tarifverträge immer mehr herabgesetzt wird, und andererseits die Interesslosigkeit oder Fernsinnlosigkeit unorganisierter Arbeiter. „So beschwerten sich die Arbeiterinnen einer Fabrik, denen die neue Arbeitsordnung vorgelegt worden war, darüber, daß ihnen durch diese die Unterhaltung während der Arbeitszeit verboten werden sollte, während sie gegen die Anordnung, daß die tägliche Arbeitszeit 11 Stunden und Samstag 10 Stunden betragen sollte, nichts einzuwenden hatten, ob-

gleich sie das Ungeschehene derselben wohl aus den vor ihnen hängenden Auszügen aus der Gewerbeordnung hätten lesen können.“ Gleich läßt der Fall die direkte Annahme des Unternehmers gegenüber seinen unorganisierten und ungeschulten Arbeiterinnen durch die offene Schließung erkennen. Darum schreibe man das rückständige Unternehmertum so begreiflich für die unorganisierten oder „gelben“ Arbeiter, mit denen es machen kann, was es will.

Neuerdings befaßt sich die Bedeutungslosigkeit der Arbeiterausschüsse. Die bekanntlich einmal zu Grochem berufen sein sollten und in den „Herren im Hause“ wilde Gegner hatten. Die Herren regten sich, wie schon so oft, umsonst auf.

Der Wormser Ausschussbeamtet konstatiert einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs der freien Gewerkschaften, der Mainzer berichtet über die Tätigkeit der Stadt Mainz auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge. Das Tiefbauamt beschäftigte 700 Arbeitslose mit Notstandsarbeiten und 336 Personen, wovon 162 organisierte und 174 unorganisierte, erzielten Arbeitslosenunterstützung.

Im Wiesener Bericht wird vor einem **S t a d t i n d u s t r i e l e u a l e r** Beiratsgremium erzählt. Es handelt sich dabei um die Aktiengesellschaft **S u b e r u s s e** Eisenwerke zu Völs, die Arbeiterhäuser baut und sie den Arbeitern mit der Anwartschaft auf Kauf vermittelt. Ueber das Verhältnis der Arbeitermieten zu der reichen und mächtigen Aktiengesellschaft sagt der Bericht: „Der Mieter zahlt neben der Grund- und Gebäudesteuer und Feuerversicherung jährlich mindestens 4 Prozent des Gesamtaufpreises an das Werk. Hierin werden ihm 3/4 Prozent des jeweiligen Nettobetrages des Kaufpreises als Mieterschuld, der Rest aber ihm als Anzahlung auf den Kaufpreis des Hausgrundstückes am Jahresende gutgeschrieben. Erst der Mieter die Hälfte des Kaufpreises getilgt, so verkaufen ihm die Suberussischen Eisenwerke das Anwesen zum Selbstkostenpreise und übernehmen auf den Rest eine Sicherungshypothek, während der Käufer weiterhin jährlich 4 Prozent des Gesamtaufpreises bis zur vollständigen Tilgung des Restes in monatlichen Raten zu zahlen hat. Hierin werden alsdann 3/4 Prozent des jeweiligen Restkaufpreises als Hypothekenzinsen berechnet, der Rest zur allmählichen vollständigen Tilgung des Kaufpreises verwendet. Die Suberussischen Eisenwerke behalten sich das Wiederkaufrecht für den Fall einer etwaigen Veränderung des Anwesens durch den Käufer vor und verpflichten den letzteren, sich zu ihren Gunsten und im Interesse der Erhaltung des Anwesens als Arbeiterwohnung eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit auf daselbe im Grundbuche eintragen zu lassen, nach der den Pächtern Um-, Auf- und Neubauten, Mietmiete und Salten von Rossigängern, sowie Wirtschaft- und Ladbetrieb nur auf ausdrückliche Erlaubnis der Suberussischen Eisenwerke gestattet sind.“

„Vollständige Leibeigenschaft — persönliche Dienstbarkeit“ sagt der Gewerbeinspektor —, wie sie im Mittelalter bestand und heute auch noch in der Landwirtschaft auf den großen Gütern der Junker und Junkerengenossen besteht. Und diese Leibeigenschaft gehört zu den „Nothfallsmaßnahmen“.

Schließlich ist noch die Statistik der Revisionsfähigkeit der Ausschüsse erwähnt. Es wurden 4532 (1909: 4291) Betriebe mit 87 600 (79 127) Arbeitern revidiert von zusammen 6276 revisionspflichtigen Betrieben mit 113 151 Arbeitern, also zwei Drittel der Betriebe mit etwas über zwei Drittel der gesamten Arbeiterkraft. Das Verhältnis ist nicht befriedigend und sollte durch Vermehrung des Personals der Gewerbeinspektion verbessert werden.

Die Arbeitsverhältnisse in der Selbstmetallindustrie.

Der Erforschung der Arbeitsverhältnisse der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband vertretenen Berufsgruppen ist in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. In nächster Folge hat der Metallarbeiter-Verband Erhebungen über die Lage der Formner, Goldarbeiter, Feilenhauer, Werkarbeiter, Klempner, Sattler, Arbeiter, Heizungsmonteur und Mechaniker veranstaltet. An diese reiht sich nun eine Enquete über die Lage der in der Selbstmetallindustrie beschäftigten Personen, deren Resultate soeben der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Erhebung ging eine Umfrage voraus über die Zahl der in Betracht kommenden Betriebe, die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter, die Berufsarten dieser Arbeiter und das Organisationsverhältnis der Beschäftigten. Diese Umfrage bildete die Grundlage für die jetzt vorliegende Erhebung.

Abweichend von der üblichen Praxis der meisten zahlenmäßigen Darstellungen der Arbeitsverhältnisse ist den eigentlichen Erhebungen ein langes Kapitel über die Entstehung des Selbstmetalls und eines über die Zusammenfassung des Selbstmetalls vorangestellt, das allen zusammen jene Betriebe, die in Selbstmetallbetrieben beschäftigt sind.

Berücksichtigt durch die Erhebung sind vor allem Armaturenfabriken, Bronzegießereien, Bronzewarenfabriken, Betriebe für Galanteriewaren, Selbst- und Holzgießereien, Fabriken für Beleuchtungskörper und für Lagerwerke, Metallgießereien und Drehereien, Metall-

warenfabriken und Fabriken für kunstgewerbliche Gegenstände. Es sind also für die Metallindustrie äußerst wichtige Gewerbebezirke erfasst worden. Da Selbstmetall äußerst vielfältig in Anwendung kommt, war die Feststellung der in Betracht kommenden Betriebe sehr schwierig. Erfasst wurden 2200 Betriebe und 90 117 Beschäftigte Personen, von denen 65 963 erwachsene männliche, 13 871 weibliche und 10 283 jugendliche sind. Genaue Angaben über die Arbeitsverhältnisse liegen nur für 1722 Betriebe und für 87 095 Personen vor. Wie sich die Betriebe und die Arbeiter auf die einzelnen Bezirke verteilen, in die der Verband abgegrenzt ist, läßt sich folgender Aufstellung entnehmen.

Bezirk	Zahl der erfassten Beschäftigten	Zahl der zumalmen Beschäftigten	Darunter sind weibliche Personen	jugendliche Personen
1. Bezirk	82	436	—	112
2. „	50	1457	118	216
3. „	50	2667	451	412
4. „	272	14 802	2410	2104
5. „	220	10 857	1506	1890
6. „	86	8880	82	294
7. „	908	17 082	1958	2083
8. „	147	5918	552	758
9. „	184	8984	1102	740
10. „	121	7210	2820	648
11. „	807	14 098	2919	1055
Zusammen	1722	87 095	18 858	10 255

Die meisten Betriebe sind danach in Berlin, im sechsten, vierten und fünften Bezirk, die meisten Beschäftigten sind im sechsten und vierten Bezirk, Berlin rückt in der Zahl der Beschäftigten an dritte Stelle. Bemerkenswert ist die große Zahl der in dieser Industrie beschäftigten weiblichen und jugendlichen Personen; von je 100 Beschäftigten sind 15,9 weibliche und 11,8 jugendliche. In einzelnen Bezirken verschieben sich die Zahlen wesentlich, so sind zum Beispiel im ersten Bezirk (Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen) 26,7 vom Hundert jugendliche; im zehnten Bezirk (Bayern) 39,1 vom Hundert und im elften Bezirk (Berlin) 20,7 vom Hundert weibliche Personen. Die Bearbeitung der Fragebogen wurde nach Gewerbebezügen vorgenommen, da die verschiedenartige Anwendung des Selbstmetalls eine einheitliche Bearbeitung nicht erlaubt, oder diese kein richtiges Bild von den Verhältnissen der in gleichartigen Betrieben beschäftigten Personen abgeben würde. Die Darstellung der erfassten Gewerbebezüge gestaltet sich wie folgt.

Gewerbebezugs	Zahl der erfassten Beschäftigten	Gesamtzahl der Beschäftigten	Darunter sind weibliche Personen	jugendl. Personen
Armaturen aller Art	408	14 054	949	2405
Beleuchtungskörper u. Gegenstände, Lampenfabriken, elektrische Beleuchtungsartikel	320	16 554	8728	1648
Galanterie- und Porzellanwaren, Abzeichen, Buchstaben, Medaillen, Bijouteriewaren	198	13 197	3609	1296
Metallwaren, Tafel- und Küchengeräte, kunstgewerbliche Gegenstände, Nippes, Luxuswaren	179	18 881	2124	1488
Beschläge (Tür-, Möbel-, Schirm-, Stuhl-, Pferdegeschirr-), Militäreffekten	228	8 820	1141	1228
Metallguss, Monumente	177	2 981	20	848
Apparate für die Industrie, Pumpen, Feuerlöschgeräte, Automaten	123	4 179	108	641
Sonst. Betriebe, Munitionsmaterial, Metallbuchwaren, Metalltaschen, -Schlösser, -Schrauben	171	12 584	2860	1164
Wassermesser, Manometer	17	1 445	119	147
Zusammen	1722	87 095	18 858	10 255

Am stärksten sind also, wenn die Zahl der Beschäftigten als maßgebend betrachtet wird, die Beleuchtungskörperfabriken vertreten, an zweiter Stelle stehen die Armaturenfabriken, dann folgen die Metallwaren- und die Galanteriewarenfabriken. Weibliche Personen werden am meisten in den Galanteriewarenfabriken und in der Beleuchtungsindustrie beschäftigt, jugendliche Personen sind am zahlreichsten in den Armaturenfabriken zu finden. An Hand der bei der letzten Berufs- und Betriebszählung und der bei der vorliegenden Erhebung gewonnenen Zahlen wird untersucht, welche Verhältnisse in der Größe der Betriebe stattgefunden haben. Wenn Betriebe bis zu 10 beschäftigten Personen als Kleinbetriebe, Betriebe mit 11 bis 50 Personen als Mittelbetriebe, und Betriebe mit mehr als 50 Personen als Großbetriebe betrachtet werden, dann ergibt sich, daß 32,5 Prozent der durch die Erhebung ermittelten Betriebe Kleinbetriebe, 44 Prozent Mittelbetriebe und 23,5 Prozent Großbetriebe sind. Im letzten Jahrzehnt hat sich eine starke Verschiebung vom Klein- zum Mittelbetrieb vollzogen, und heute ist in dieser Industrie der Mittelbetrieb vorherrschend. Wird jedoch die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrachtet, dann tritt die Ueberlegenheit des Groß-

Gewerkschaftliche Sonderfahrten.

Von Dresden nach Hamburg und Helgoland.

E. N. Mitarbeiter haben sich die Gewerkschaften von jeher bemüht, ihren Mitgliedern auch Gelegenheit zur Weiterbildung und Erholung zu bieten. Neben der Veranstaltung von Sonntagsoberstunden in manchen Städten auch gewerkschaftliche Ausflüge unter Benutzung von Sonntagsoberstunden, die den Vorteil einer behaglichen Reise mit sich bringen. Die Dresdener Gewerkschaftskollegen bevorzugten bei solchen Sonderfahrten besonders die Schiffsreise nach dem baltischen Mittelgebirge. Jenseit wurde die in nächster geschlossener Zuge unter Begleitung einer Kapelle durch einen „wittichenomischen Grund“ oder noch eines „harrischen Inseln“ verfahren. Mit einem Leinwand wurde ein solcher Ausflug in der Regel abgeschlossen. Derzeitige dieser Art, die besonders in der Zeit der Sommerreise in Witten werden, werden von Unwissen Sonderfahrten auch heute noch veranstaltet, doch ist die Bewegung dafür aufzuheben nicht mehr so groß, seitdem aus den Gewerkschaften die früher den Mitgliedern der Gewerkschaften üblichen, Louisa und mehr geworden sind. Viele Organisationen haben zu solchen Ausflügen in geschlossener Formation — die allerdings häufig genug in Aufbruch überging — zu groß gemacht. Ueberhaupt sind einzelne gewerkschaftliche Organisationen beizubehalten, ihren Mitgliedern auch einmal etwas anderes als das Gewerkschaft zu bieten und sie in fernereigenen herabragende Stellen der Natur oder Kultur zu führen, die sonst der hohen sozialen Anforderungen wegen für einzelne Arbeiter nicht erreichbar sind.

In großartiger Weise hatte Ende August dieses Jahres die Organisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Dresden eine Sonderfahrt organisiert, um die Verbandsgewerkschaften bei ihrer Tätigkeit wenigstens in einzelne Zentralen des Verbandes und Sonderfahrten zu führen und zugleich das Meer erleben zu lassen. Hamburg mit seinen großartigen Sehenswürdigkeiten,

Rordsee und Helgoland waren das Ziel der ersten dieser Sonderfahrten. Gegen 2000 Personen hatten sich auf die erste Anstufung zur Teilnahme gemeldet, die sich aber auf rund 1400 reduzierten, als die erste Rate der Kosten erstellt werden sollte. Es war annehmend doch Hunderten schließlich nicht möglich gewesen, den im Voraus zu erlegenden Betrag aufzubringen, obwohl er äußerst niedrig bemessen war. Auf vier Tage war die Reise berechnet. Für die Eisenbahnfahrt, eine große Rundfahrt im Hamburger Hafen mit Besichtigung eines Ozeanriesen, einer Fahrt nach Helgoland und zurück, einem Besuch von Hagenbecks Tierpark, einer Bogenumfahrt durch Hamburg und dreimaliger Uebernachtung wurden je nach der Beschaffenheit des Logis 51 bis 33,50 M. gefordert. Das ist gewiss ein außerordentlich niedriger Preis, denn sonst kostet allein die Eisenbahnfahrt von Hamburg nach Dresden und zurück beinahe soviel.

Es muß gefastet, daß ich mit einzigen Tagen an diese Kosten-sonderfahrt dachte. Darum die „Partie“ auch auf zwei hintereinanderfolgende Wochen und zwei Extratage verteilt, so blieben doch noch für jede Sonderfahrt beinahe 700 Personen — eine, wie wir wissen, für eine gemeinsame Beschäftigung viel zu große Zahl. Doch erwiegen sich alle Besorgnisse als gegenstandslos oder doch übertrieben. Es war alles so vorzüglich organisiert, daß die volle Beiliegung mehr den Vorteil größerer Beiliegung hat den Uebelstand dringender Reisen zeitlich. Nur bei der Besichtigung des Ozeanriesen erwies sich etwas Abstrich, der indes mit Geduld, Geduld und Humor gut überstanden wurde. Da ansehnliche Meer-Seeleubereitungen unter Dampfes Silhouetten bei der Helgolandsfahrt lagen sich auch mehr und mehr in Wolkenhüllen auf, als jeder seinen Platz hatte und viele auch gelegentlich in den warmen Räumen des Schiffes schliefen.

Die nächste Zeitung des Metallarbeiter-Verbandes in Dresden hatte für die programmmäßigen gemeinsamen Beschäftigungen und Fahrten eine gewisse bestimmte Zeit festgesetzt, so daß keine Ueberfüllung entstand und allen Beteiligten noch Zeit genug blieb, Sehen- und Hören zu eigenem Ergehen und freier Wahl in Kugeln zu wählen, oder jauchte die Rege Welt- und menschlichen Lebens

kennen zu lernen. Freilich, die Fahrt nach Helgoland mußte an einem Tage erledigt werden, da im andern Falle die Kosten wesentlich größer geworden wären; zudem wäre es auch schwer gewesen, für 700 Personen auf Helgoland Unterkunft zu beschaffen. Da aber für die meisten Teilnehmer eine Seefahrt etwas ganz Neues war, wurde der lange schöne Tag der Helgolandsfahrt mit Vergnügen ertragen, obwohl er sich bis nachts 2 Uhr ausdehnte.

In dieser Dunkelheit lagen noch Straßen und Plätze, als wir in frühesten Morgenstunden zur Sonderfahrt nach dem Dresdener Hauptbahnhof eilten. Alles lag noch im Schlaf und tiefe Ruhe herrschte ringsum. Bald aber hörten wir auf Straßen und in Gassen Schritte hallen. Mit Reisetaschen, Rucksäcken oder sonst für eine Reise ausgerüstete Gestalten wurden in der Dunkelheit sichtbar. Es waren Metallarbeiter, die, zum Teil mit ihren Frauen, wie wir, dem Hauptbahnhof zustrebten. Hier aber waren schon eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges alle Fahrgenossen in frohlicher Stimmung versammelt, die auch die damals bevorstehende Ausföhrung nicht dämpfen konnte. Was doch diese Sonderfahrt für die meisten ein großes Ereignis, ein Stücklein in dem von schwerer Arbeit diktierten Einerlei des Lebens; für viele auch, namentlich für die Frauen, die erste Gelegenheit, das Meer oder einen tiefen Ozeanquerer zu sehen.

Es dauerte noch, als der Zug das Elbtal entlang eilte. Bei der weiteren Fahrt über Leipzig, Halle, Magdeburg und Stendal auch wenig an natürlichen Reizen, so fehlten die charakteristischen Eigenarten der Gegenden, die rasch vorüberglitten, die meisten Fahrgenossen doch. Baumumflandene Dörferchen brachten angenehme Abwechslung in die weite Ebene, die flüchtig ins Auge fiel. Die Luft nach über als sonst war. Ein plötzlich sichtbarer Fluß, ein abwärts liegendes Städtchen gaben zu rufen auf, bis man aus Karten näheres feststellte; hatte. Er erreagte der Seele kühler Strömung, von dem allerdings nicht viel zu sehen war, dieselbe Aufmerksamkeit, wie die angedehnten Rübenfelder bei Magdeburg, die blühenden

betriebs klar zutage. Von den Arbeitern sind beschäftigt in den Kleinbetrieben 3,61 vom Hundert, in den Mittelbetrieben 21,04 vom Hundert und in den Großbetrieben 75,35 vom Hundert.

Oben wurde bereits darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Gewerbebetrieben in die Erhebung einbezogen wurden. Damit sind auch die verschiedensten Berufsarten erfasst, und zwar in bemerkenswertem Maße Hefeure, Dreher, Galvanisierer, Formner, Gießereiarbeiter, Graveure, Uhrmacher, Klempner, Kupferstiche, Mechaniker, Metallbrüder, Schleifer und Polierer, Schloffer, Schmiede, Stänger und Presser, sowie ungelernete und Nichtmetallarbeiter.

Das Organisationsverhältnis der in der Selbstmetallindustrie beschäftigten Personen kann als erfreuliches angesehen werden, in einzelnen Bezirken sind mehr als die Hälfte der erfahrenden Personen organisiert. Im Gesamtdurchschnitt sind 37 Prozent der gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt.

Wie sich das Organisationsverhältnis in den Bezirken gestaltet, ist folgender Aufstellung zu entnehmen:

Table with 7 columns: Bezirk, Zahl der Beschäftigten, Zahl der organisierten Personen in verschiedenen Gewerkschaften, and Gesamtzahl der organisierten Personen in Prozent.

Die Feststellungen über die Arbeitszeit in den Betrieben der Selbstmetallindustrie ergeben das bemerkenswerte Resultat, daß nur noch 6,9 vom Hundert der Betriebe mit 5,0 vom Hundert der erfahrenden Arbeiter eine Arbeitszeit von mehr als 10 Stunden pro Tag haben.

In einzelnen Bezirken ergibt sich noch ein wesentlich günstigeres Resultat.

Table titled 'Die Arbeitszeit beträgt' with columns for 'unter 10 Stunden', '10 Stunden', and 'über 10 Stunden', each subdivided into 'in den Betrieben' and 'für die Arbeiter'.

Der Tabelle ist zu entnehmen, daß im sechsten Bezirk (Hamburg, Schleswig-Holstein) 93 Prozent der Betriebe und 99 Prozent der Arbeiter weniger als 10 Stunden pro Tag beschäftigt sind.

Flächen der Alsterufer Seite und die Marschlandschaften mit ihren Dämmen vor Hamburg. — Es war schon Mittag vorüber, als der Zug über die Hamburger Elbbrücke raste und den flammenden Dresdenern einen kurzen Ueberblick über einen viel wasserreicheren und breiteren Strom gewährte.

In die Quartiere! Das war nun die Lösung, die indes schwere Aufgaben nicht stellte. Angestellte der Gesellschaft, die die Rundfahrten ausübte, erwarteten uns und wiesen allen die Richtung an, die einzuschlagen war, um nach dem richtigen Gasthaus zu kommen.

Zwei Stunden hatten wir nun Zeit zum Essen und Ruhen. Punkt 6 Uhr aber mußten wir nach dem Programm, das gebührt in aller Händen war, im Hafen sein zur Rundfahrt und zur Beschäftigung eines Ozeandampfers.

rechts des Rheins) sind rund 81 Prozent der Arbeiter unter zehn Stunden beschäftigt. In Frage kommt meistens die neun- und die neunzehnstündige Arbeitszeit. Eine Betrachtung der erfahrenden Gewerbebetriebe ergibt, daß die Arbeitszeit am günstigsten in der Beleuchtungsindustrie ist, 72 vom Hundert der Betriebe und rund 69 vom Hundert der Arbeiter dieser Industrie sind weniger als 10 Stunden pro Tag beschäftigt.

Aus den Feststellungen über die Lohnverhältnisse ergibt sich, daß in der Selbstmetallindustrie noch äußerst geringe Löhne bezahlt werden. Etwa die Hälfte der Arbeiter sind im Nord beschäftigt und die Ermittlungen sind daher getrennt für Zeitlohn- und Akkordlohnarbeiter erfolgt.

Von der Zeitlohngruppe liegen für 38 300 Personen Angaben vor, von denen 13 959 bis zu 30 S., 10 399 von 31 bis 41 S., 8501 von 42 bis 50 S., 3847 von 51 bis 60 S. und 1594 über 60 S. Lohn erhalten.

Die Zahl der im Akkordlohn erfahrenden Arbeiter beträgt 37 065, davon haben 10 062 weniger als 30 S. Lohn, 6702 haben 31 bis 41 S., 7630 erhalten 42 bis 50 S., 5851 erhalten 51 bis 60 S. und 6820 haben mehr als 60 S. Lohn.

Table titled 'ES verdienen pro Stunde' with columns for Lohnformen (Zeitlohn, Akkord, Zeit u. Akkordlohnarbeiter zusammen) and Lohnstufen (bis zu 30 S., 31-41 S., 41-50 S., 50-60 S., mehr als 60 S.) with corresponding percentages.

Im Gesamtdurchschnitt haben danach rund 76 Prozent der erfahrenden Personen einen Lohn von weniger als 50 S. pro Stunde; von den Zeitlohnarbeitern entfallen 85,8 Prozent in diese Lohngruppe, während von den Akkordarbeitern 65,8 Prozent weniger als 50 S. oder bis 50 S. Stundenlohn erhalten.

Ein besseres Bild von den tatsächlichen Verhältnissen ergibt die Darstellung der Löhne nach Berufen und getrennt nach Geschlechtern. Die Feststellungen über die Löhne der männlichen Personen haben ergeben, daß für 32 793 Zeitlohnarbeiter und für 30 625 Akkordlohnarbeiter Angaben gemacht worden sind.

Die Frauarbeit hat in weitgehendem Maße Eingang in die Selbstmetallindustrie gefunden, besonders sind Frauen bei der Galvanisierung, in der Gürtlerei, Klempnerei und Metallbrüdererei, als Schleiferinnen, Stängerinnen und Presserinnen zu finden, und vor allem natürlich bei allen den Arbeiten, die keiner besonderen Vorbildung bedürfen.

Wasserbeden und die bemerkenswertesten Schiffe, die sie zurzeit hargen. Ueber die Wasserflächen und Mastenwälder hinweg grühten die Zünne der Stadt. Dort erhoben sich über den Wassern bräunen auch die riesigen Lagerhäuser mit ihren Kranen, die große Kränen und Ballen mit Schnelligkeit beförderten.

großen Teil zu einem anständigen Lebensunterhalt nicht aus. Es wird Aufgabe der Organisation sein müssen, hier schnellig Wandel zu schaffen.

Die Enquete hat sich außer der Erforschung der Arbeitszeit und Lohnverhältnisse auch auf die Ueberzeitarbeit, das Polonnen-system, die Lohnabhängige an den Nordpreisen, und für fehlerhafte Arbeiter, auf das Befehlen von Laufverträgen und Nordpreistabellen, auf die Lohnzahlung, die Kündigung- und Pensionsverhältnisse, sowie auf die Schutzbearbeitungen in den Betrieben und die Einrichtungen in hygienischer und sanitärer Beziehung erstreckt.

Die Schrift wird in achtwochlicher Hefen wertvolle Dienste leisten, sie bietet außerdem jedoch allen in der Selbstmetallindustrie Beschäftigten viel Neues, ihre Anschaffung lohnt sich daher für jeden. Die 220 Seiten starke Broschüre ist von den Verbandsmitgliedern durch die Ortsverwaltungen zum Ausnahmepreis von 50 S. zu beziehen, im Buchhandel kostet sie 2,75 M.

Idealismus und Gewerkschaftsbewegung.

Nur wer sich regt, dem wird es glücken, Die Freiheit hat, wer sie sich schafft! — Erhebt das Haupt: Auf Eurem Rücken Tragt Ihr die Welt! Ihr seid die Kraft!

Die Leute sind leider in der Arbeiterbewegung immer noch nicht ganz ausgeformt, die da glauben, oder es wenigstens schriftlich oder mündlich behaupten, die Teilnahme an der Gewerkschaftsbewegung erfordere keinen Idealismus.

Und doch ist nichts unbedeutender als die Ansicht, daß solche Betätigung keinen Idealismus von dem, der sich ihr widmet, erfordere. Diese Ansicht ist, besonders in betreff der Gewerkschaftsbewegung, um so unbegründeter, als doch ihre Geschichte in allen Ländern, und nicht zuletzt in Deutschland, Zeugnis ablegt von einem bedeutungsvollen Idealismus, der sehr wohl den Vergleich mit dem der politischen Kämpfe, den wir dadurch in keiner Weise anzweifeln oder verkleinern, aushalten kann.

Und wie ist es in anderen Ländern? Wer die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und des Koalitionstrebens in den verschiedenen Ländern, in England, Amerika, in Italien, Ungarn, Rußland, Frankreich und Spanien studiert hat, der wird wissen, daß es sich zum Teil um wahre Heroenkämpfe gehandelt hat und noch handelt.

Wer kennt nicht die furchtbaren Opfer an Freiheit, Gut und Blut, die gebracht wurden. Die Arbeiterbewegungen infolge wirtschaftlicher Kämpfe in Italien und Ungarn, in Amerika, wo die Kapitalisten die berüchtigten bewaffneten Pinkertons zum Arbeitermord anwerben und wo sie dann selber die Arbeiter des Nordes von Arbeitsschwelgen respektive der Anstiftung dazu beschuldigen, wie es jetzt wieder der Mc Namara-Prozess beweist, welche hohe Anforderungen an den Opfermut, vor allem auch der Führer, werden da im gewerkschaftlichen Kampfe gestellt!

Selbst in Zeiten, als die politische Freiheit triumphierte, wie in Frankreich während der großen französischen Revolution von 1789, verbot man Verbindungen und Verabredungen zur Erhöhung des Lohnes, weil dadurch die 'Freiheit der Arbeit' beeinträchtigt würde, das heißt die Freiheit der Ausbeutung.

Wir uns alle im Speisesaal der zweiten Klasse, wo durch einen kurzen Vortrag die Einrichtungen des Dampfers erläutert wurden. Dann sahen wir die prächtig eingerichteten Kabinen der ersten Klasse, die überaus ausgestatteten Speisesäle, das Brunnzimmer für die Damen, auch ein Kinderzimmer war da, natürlich nur für die Passagiere erster Klasse, die Auguskabinen für Millionäre mit prunkvollen Bad-, Schlaf- und Wohnräumen.

Dann folgten wir den Reaktionen unseres Führers und gelangten durch Gänge und mehrere Stiegen nach dem 3. und 4. Deck am Vordersteven. Welcher abgrundtiefe Kontrast zwischen diesen ersten überreichen Klassen und den Brunnzimmern der ersten Klasse! Ein Schach nimmt hier Säulen und Rippen auf. Ziel und nicht man Arbeiter mit dem Verpausen beschäftigt. Ein über Geräusch dringt herauf. In unmittelbarer Nähe dieses Schachtes stehen übereinander die Lagerplätze für die Zwischendeckpassagiere in drangvoller Enge, hauseben stehen einige lange Tische, einfach, fast roh zusammengeklümmert und dahinter ebensolche Bänke.

Die Klassengegenstände der heutigen Gesellschaft können aufreißender wohl kaum illustriert werden, als durch einen Vergleich der Auguskabinen mit den stinkenden gedrängten Räumen im Zwischendeck. Vieles sehen wir noch in der Amerika. . . . Für den Abend war den Kollegen ein Aufenthalt in St. Pauli, dem großartigen Vergnügungsorte Hamburgs, empfohlen worden, besonders um das Leben und Treiben hier zu beobachten. Jeder ging hier oder auch anderswo seine eigenen Wege. Doch trafen sich viele Teilnehmer in St. Pauli. (Schluß folgt.)

Wir brauchen denn auch gar nicht so weit in der Geschichte zurückzugehen, um über schismatische gerichtliche Exekutionen als Folgen des gewerkschaftlichen Kampfes berichten zu können. Ist nicht noch das vor kurzem endlich korrigierte Urteilsurteil gegen Schröder und Genossen und das Abwägen des Urteils in der Öffentlichkeit? Wem ist nicht das Blut siedendheiß vor Kopf gestiegen vor Zorn und Empörung, als er erfahren, daß kürzlich in Detmold von hiesigen Geschworenen ein Gewerkschaftler zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, lediglich auf die Aussage von Streikbrechern hin, denen viele gegenteilige Zeugen gegenüberstanden. Ein Essener Meineidsprozeß in neuer Auflage! Wer denkt nicht an den furchtbaren Justizmord in Frankreich, wo von den arbeitserfindlich verblendeten Geschworenen ein braver Gewerkschaftsführer wegen angeblicher Anstiftung zur Ermordung eines Arbeitswilligenagenten zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt wurde, aber infolge der erlittenen Aufregungen in die Nacht des Wahnsinns versank. Und dann die Unsummen von Verurteilungen wegen Streikpostenstehens, wegen Verleumdung von Arbeitswilligen, wegen Nichtbefolgung von polizeilichen Anordnungen, wegen Erpressung zc. Ihre Zahl ist selbst unter der angeblichen Koalitionsfreiheit Legion.

Man will werden vieleicht manche Zweifler sagen: das sind Ausnahmen; aber im normalen Lauf der Bewegung steht es mit dem Idealismus bei den Gewerkschaften windig aus. Die meisten Mitglieder sind bloß darin, weil sie materielle Vorteile von der Gewerkschaftsorganisation haben! Nun kann man keineswegs bestreiten, daß gewiß viele Arbeiter zunächst Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation werden aus rein egoistischen Gründen, daß in vielen Fällen es nicht der Idealismus ist, der sie hineintreibt in die Reihen ihrer Berufsgenossen, aber das kommt schließlich auch bei der politischen Bewegung vor. Aber jeder Gewerkschaftler, der längere Zeit der Organisation angehört, muß Farbe bekennen, sobald es zu Differenzen oder zu einem Kampf mit dem Unternehmer kommt. Da muß er zeigen, ob er gewillt ist, Solidarität zu üben, da gibt es kein Zurück!

Wahrscheinlich oft der Arbeiter, der vielleicht Familienvater ist und lange Zeit vorher arbeitslos war, seine ganze Existenz in die Schanze schlagen? Nur wer selber die „Freuden“ der Maßregelung, der längeren Arbeitslosigkeit mit ihren drückenden Sorgen und Entbehrungen durchgemacht hat, kann ermessen, welche hohe Idealismus, welche ausgeprägtes Solidaritätsgefühl dazu gehört, um diese Opfer nicht einmal, nein vielmals im Leben auf sich zu nehmen. Kommt es doch häufig genug vor, daß ältere verheiratete Arbeiter mit in den Kampf treten müssen, um jungen Kameraden zu helfen, oder daß relativ gut entlohnte Arbeiter der Großstädte in den Kampf treten, um den Provinzialkameraden bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Ist das nicht höchste Klassenloyalität, schönster Idealismus! Wie oft kommt es vor, daß ein oder einzelne gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, gewissermaßen wie ein Vorposten ins feindliche Lager, in noch vollständig unorganisierte Betriebe hineingekannt werden, um dort für die Organisation Brücke zu schlagen. Sehr oft müssen diese kühnlich, täglich Schlägen und Demütigungen über sich ergehen lassen und doch aushalten, um der Organisation eine Gasse zu bahnen.

Und dann die so viel verklärten und heruntergekehrten Gewerkschaftsbeamten! Wie viel Idealismus und Arbeitsfreudigkeit gehört nicht dazu, sich von der Pike an herauszuarbeiten; denn in der Gewerkschaftsbewegung muß sich jeder Beamte, vielleicht abgesehen von beschwindelnden Ausnahmen, die nur die Regel bestätigen, durch angestrengte Arbeit das Vertrauen erwerben. Und dann, wenn sie durch das Vertrauen ihrer Kollegen an die Spitze gestellt sind, dann heißt es, ohne den Mut zu verlieren, all den kleinen und großen Unannehmlichkeiten Kundzuschalten, dem Haß der Unternehmer ebenso wie dem Mißtrauen, das ja eine demokratische Jugend sein soll, der eigenen Kollegen sowie der „Behörden“ der Behörden. Inmal wenn eine Lohnbewegung, ein Kampf unglücklich verlaufen ist, dann sind es schwere Zeiten für den Gewerkschaftsbeamten und er muß oft viel über sich ergehen lassen. Dabei darf er sich aber nicht niederdrücken lassen, soll immer Initiative entwickeln und vorwärts drängen, die Mitleiden aufrechten und den Geistern entgegenreden.

Ja, sagt der Zweifler an dem Idealismus, den die Gewerkschaftsbewegung erfordert, das mag alles richtig sein, aber der Gewerkschaftler hat für seinen Beitrag von der Organisation ganz bestimmte Gegenleistungen, als da sind vor allem Unterstützung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit zc. Und wenn er in den Kampf geht, dann tut er es um materieller Vorteile willen, nämlich um seinen Lohn zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen, kurzum seine eigene Lebenslage zu verbessern!

Genaug! Der gewerkschaftliche Kampf hat gewiß in erster Linie diesen Zweck, aber er ist doch im eminentesten Maße ein Kampf für die Arbeiter als Klasse. Es handelt sich dabei nie um den Vorteil eines einzelnen. Ja, es kommt sogar vor, daß der einzelne direkte Nachteil hat, wie das an einzelnen Beispielen nachgewiesen werden kann. Viele Kämpfe der Gewerkschaften werden zudem auch oft um anderer Dinge geführt. Diesmal handelt es sich um die Aufrechterhaltung der Würde des Arbeiters, um seine rechtliche und moralische Stellung im Betriebe, ganz abgesehen von den vielen Fällen, wo er aus Sympathie in den Kampf eintritt, um nicht durch Anstiftung von Streikarbeit seinen kumpelnden Kameraden den Kampf zu erschweren.

Vielleicht werden die Unterstützungsleistungen ins Feld geführt. Jeder Gewerkschaftler weiß aber sollte es wenigstens wissen, daß diese nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sind, zu dem Zweck nämlich, das Unterangebot zu verhindern, den Lohn auf seiner Höhe zu erhalten, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich möglichst auszugleichen. Und welcher Arbeiter wird nicht gezwungen lieber arbeiten wie Unterstützung beziehen.

Nein, wie man die Sache auch dreht und drehen mag: die Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung, dieser für den großen Emotionskämpfe der Arbeiterklasse absolut unentbehrlichen Arbeiterbewegung, diesem Klassenkampf par excellence, erfordert ebenso wie der politische, großen Opfermut und hohen Idealismus. Die Gewerkschaftsbewegung stellt sich jeder früher oder später einmütig vor die Forderung, ob er bereit ist, seine Solidarität, seinen Idealismus dem die Zeit zu beweisen! Und wer diese Forderung nicht bejaht, der ist der Berechtigung seiner Kameraden fähig, die ihn mit Recht als Betrüger, als trüger Egoisten, als Streikbrecher brandmarken.

Deshalb auch gerade ist die Gewerkschaftsbewegung eine angelegentlichste Schule für den politischen Kampf. Der Arbeiter lernt mehr, er lernt als jeder Arbeiter, nämlich seine eigene Stellung für seine Klasseninteressen. Und wir wollen hoch solche Arbeiter erziehen, die mehr einsehen gewillt sind als Geizhals und Kleinlichkeit, die allen höchsten Interessen der Revolution gegenüber zu den höchsten Opfern bereit sind.

Die Frage, welche Bewegung mehr Idealismus erfordert, ist möglich. Die Bewegung aber die Gewerkschaftsbewegung erfordert keinen Idealismus, sei dies eine rein materielle, egoistische Bewegung, kann nur von unten aufgestellt werden, die keine Ahnung von ihr haben, keine Ahnung von den Opfern an Geld, Zeit und Lebenskraft, die die intensive Beteiligung an der Gewerkschafts-

bewegung erfordert; Personen, die vielleicht nie selbst diesen Kampf mitempfinden oder ihn zu würdigen versucht haben und deshalb nichts wissen von dem Idealismus, der von den einzelnen aufgewendet werden mußte und muß, wie von der Masse, um die Gewerkschaftsbewegung zu ihrer heutigen Bedeutung zu bringen.

Nicht der ist ein wahrhafter Kämpfer vor das Wort Idealismus immer im Munde führt, sondern der, der durch die Tat beweisen hat, daß er mehr zu opfern gewillt ist als seinen Beitrag, der praktisch Idealismus, Solidarität und Opfermut zu betätigen gewillt ist. Und das gilt für alle Teile der Arbeiterbewegung.

Der „Christliche“ Metallarbeiterverband — ein Abzahlungsgeßchäft.

Nein, nein, der Teufel ist ein Egoist Und tut nicht leicht um Gottes willen, Was einem andern nützlich ist. (Goethe, Faust.)

Es handelt sich diesmal zwar nicht um den Teufel, aber um die — Sorgen, die viel versprochen, jedoch im Stillen ganz eigenartige Geßlogenheiten haben. Besonders ist es der „Christliche“ Metallarbeiterverband, der im Verprechen den Vogel abschlekt. Erst vor einigen Tagen, am 26. September, hat er ein großsprecherisches Flugblatt verbreiten lassen, in dem mit den 41 000 Papstern, die der Million Vermögenden, den von anderen Gewerkschaften errungenen Erfolgen, die er sich zuschreibt, kreßen gegangen wird und wo zum Schluß von diesem Kompagnon der Herrsch-Dunderschen die roßigsten Versprechungen gemacht werden.

Dieses Flugblatt und die darin gemachten Versprechungen erhalten nun eine hübsche Illustration in Pforzheim, dieser neuesten „Hochburg“ der „Christlichen“. Als während der Bewegung im vergangenen Jahre die Unternehmer die Aussperrung androhten, als sie erklärten, daß sie vom 2. Dezember 1910 an alle Arbeiter ohne Ausnahme aussperrten wollen, da machte der Deutsche Metallarbeiterverband bekannt, daß nach dem 26. November niemand mehr in die Organisation aufgenommen werden würde, und daß die, die dann unter der Aussperrung zu leiden hätten, es ihrer eigenen Nachlässigkeit zuschreiben hätten, wenn sie ohne Unterstützung blieben.

Nun war die Zeit der „Ernte“ für die „Christlichen“ gekommen. In Nr. 282 und 283 des Pforzheimers Anzeigers wurden große Annoncen losgelassen zum Zweck des Mitgliederzanges. Mit Fettdruck heißt es in diesen:

„Gegenüber verächtlichen Gerüchten über Leistungen des christlichen Metallarbeiterverbandes stellen wir fest, daß der christliche Metallarbeiterverband an Aussperrung wie Streikende für Verheiratete 16 beziehungsweise 18 bis 22 M. gewährt, an Ledige 14 beziehungsweise 16 M. Unterstützung. Neueintretenden Kollegen und Kolleginnen wird nach Maßgabe der Arbeitslosenunterstützung eine Beihilfe gewährt nebst einem Lebenszuschlag.“

Dann kamen die bekannten Ertrags über die „finanziell bestfundierte“ Organisation, die „neutral“ und „interkonfessionell“ sei. Natürlich fielen eine Anzahl Arbeiter auf den Schwindel herein, sie griffen nach dem „christlichen“ Unterstützungsformular, als die Unternehmer am 2. Dezember Ernst machten und die Arbeiter auf das Papier warfen. Von den Unternehmern bekamen nur wenige Arbeiter Unterstützung und dann waren die Unternehmer meistens noch so ehrlich und sagten den Unterstützten, daß sie das erhaltene Geld wieder zurückbezahlen müßten, wenn die Sache vorbei sei. Und der Deutsche Metallarbeiterverband nahm niemand mehr auf. Was Wunder, wenn die Schwärzen da Geschäfte machten. In ihrem Lager herrschte Freude und Jubel. Endlich war es doch gelungen, Mitglieder zu bekommen.

Wir warnten damals schon die Kollegen davon, auf die Lockungen der „Christlichen“ zu hören, sie würden es zu bereuen haben. Ja, wir stellten damals schon in der Öffentlichkeit fest, daß hier Mitgliederzang in der niederträchtigsten Art getrieben werde. Denn diejenigen, die Unterstützung erhielten, mußten sich verpflichten, mindestens drei Jahre bei den Christen Mitglied zu bleiben. Wir wurden erst „christlich“ als Räuber und Verleumder hingestellt, die nur aus „Reiz“ derartige Unerschämtheiten besaßen zc. Doch das Unglück reißt schnell. Die Leute, die sich erst dann organisierten, als sie von den Unternehmern hinausgeworfen worden waren, entkuppelten sich eben bei den „Christlichen“ ebenfalls als sehr unzuverlässige Kantonisten. Sie lehrten der „guten“ Organisation den Haken, sobald die Aussperrung vorbei war. Aber sie hatten nicht gerechnet mit dem „Agitationskünstler“ der schwarzen Brüder, die genau wie die Abzahlungsgeßchäft den armen Teufel festzuhalten versuchen mit allen Mitteln. Die „Christlichen“ hatten nämlich am Kopfe des Streikunterstützungsformulars folgende

Erklärung.

Das unterzeichnete Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes erklärt hiermit, daß es bei keiner anderen Gewerkschaftsorganisation Mitglied ist und demzufolge von keiner solchen Unterstützung bezieht.

Weiter erklärt dasselbe, daß es nur unter obiger Voraussetzung während des Streiks und der Aussperrung in Pforzheim vom christlichen Metallarbeiterverband Unterstützung bezieht.

Das unterzeichnete Mitglied erklärt, daß es die erhaltene, nachstehend verzeichnete Unterstützung als persönliches Darlehen des Herrn Ewald Herzog in Duisburg betrachtet und dasselbe wieder zurückbezahlt, falls er vor Ablauf von drei Jahren wieder aus dem christlichen Metallarbeiterverband austritt.

Pforzheim, den 10. Dezember 1910. (Unterschrift.)

Nach dieser Erklärung folgen auf dem Formular die Bescheinigungen über ausbezahlte Unterstützungen.

Datum der Auszahlung	Für die Tage von	bis	Anzahl der Tage	Betrag der Unterstützung	Quittung des Empfängers
10. 12. 1910	1./12.	10./12.	3/6	15 M. 2 M.	(Unterschrift)
17. 12. 1910	10./12.	17./12.	6	15 = 2 =	
24. 12. 1910	17./12.	24./12.	6	15 = 2 =	
31. 12. 1910	24./12.	31./12.	6	15 = 2 =	
				60 M.	8 M.

Mit der Unterschrift bei der Erhebung der ersten Unterstützung war nämlich von jedem Unterstützten empfangen diese Erklärung mit unterschrieben und — rechts gültig!

Als nun die so rasch durch die „zielbewusste“ Agitationsarbeit gewonnenen Aussperrten nach der Aussperrung wieder absperrten, wurde an Tagende und ab Tagende der „realen“ Geworbenen folgendes betriebsfähige Zirkular geschickt:

Christlicher Metallarbeiterverband, Pforzheim, den 30. August 1911. Beginn Schwerebeschäftigung. Zaver Ruhr, Pforzheim. Untere Nr. 21. Teleph. 1923.

Werte Kollegin! Sie sind während des Streiks und der Aussperrung in der Gold- und Silberwarenindustrie Ende vorigen Jahres unserem Verband als Mitglied beigetreten. Nachdem Sie noch keine Beiträge an den Verband geleistet hatten, haben Sie laut Quittung (hier folgt der mit Untere eingeschickte Betrag) an Unterstützung bezogen.

Es erlaube mir demnach schriftlich, daß Sie mindestens drei Jahre unserem Verband als Mitglied angehören wollen und daß Sie im Falle Ihres vorherigen Austritts die Unterstützung, die Sie als Darlehen erhalten haben, wieder zurückbezahlen.

Wir haben gehofft, es würde uns erpart bleiben, Sie an dieses Verprechen erinnern zu müssen, weil wir annehmen, daß jemand, der wie Sie den Namen des Verbandes an eigenen Leibe erfahren hat, ohne weiteres nicht nur für einige Jahre, sondern dauernd der

Organisation treu bleibt. Nachdem Sie aber, trotz wiederholter Aufforderung, Ihren Verpflichtungen dem Verband gegenüber nicht nachkommen, so nehmen wir an, daß Sie aus demselben austreten wollen, ohne Ihr gegebenes Versprechen, das erhaltene Darlehen zurückzugeben, zu halten.

Nach Ablauf von drei Tagen, vom Empfang dieses Schreibens an gerechnet, werden wir, falls Sie sich in der Zeit nicht anders erklären, annehmen, daß Sie ausgetreten sind und werden dann weitere Schritte unternehmen, deren Folgen Sie zu tragen haben. Inzwischen Mit kollegialem Gruß Zaver Ruhr.

Doch das Zirkular hatte auch nicht den gewünschten Erfolg. Die Aussperrten kümmerten sich keinen Deut um dasselbe und nun wurden die vergeblich Gemahnten mit folgender Klage bedacht:

Klage in Sachen des Ewald Herzog, Zentralfassierer in Duisburg, Kläger, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Edwin Müller in Pforzheim, gegen Hilfsarbeiter in Pforzheim., Beklagter, wegen Erpressung.

Auf Grund der beiliegenden Vollmacht der klagenden Partei erbehe ich Klage und werde beantragen:

1. Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger den Betrag von 68 M. nebst 4 Prozent Zinsen hieraus seit Klageaufstellung zu bezahlen.
 2. Der Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
 3. Das Urteil wird für vorläufig vollstreckbar erklärt.
- Der Gegenstand des erhobenen Anspruchs ergibt sich aus folgenden Tatsachen:

Während des hiesigen Goldarbeiterstreiks erhielt der Beklagte vom christlichen Metallarbeiterverband die in der anliegenden Bescheinigung näher angegebenen Unterstützungen im Gesamtbetrag von 68 M. ausbezahlt. Diese Unterstützungen erhielt der Beklagte auf Grund seiner Erklärung, daß er bei keiner anderen Gewerkschaftsorganisation Mitglied sei und demzufolge von keiner solchen Unterstützung beziehe. Ferner erklärte er, daß er die Unterstützungen als persönliches Darlehen des Klägers betrachte und daß er die erhaltenen Beträge wieder an den Kläger zurückbezahle, falls er vor Ablauf von drei Jahren wieder aus dem christlichen Metallarbeiterverband austräte.

Beweis: Original-Erklärungsbescheinigung, die ich im Termin vorlegen werde.

Der Beklagte ist sofort nach Beendigung des Streiks wieder aus dem christlichen Metallarbeiterverband ausgetreten und hat hiernach die erhaltenen Beträge an den Kläger zu erstatten.

Da er dies gutwillig nicht tut, fällt Klage nötig.“

Am Donnerstag den 28. September, vormittags 10 Uhr, war am Amtsgericht Pforzheim, Abteilung für Zivilprozesse, Termin; die Sühner sollten zur Verantwortung gezogen werden. Vor erst jedoch mit negativem Erfolg. Eine unorganisierte Arbeiterin war durch den Arbeiterstreik Dietrich vertreten, der zuerst den Einwand erhob: daß der Kläger Herzog überhaupt keine Legitimation zum Klagen habe, denn es sei nicht sein persönliches Geld, das er einlange. Neben diesem Einwand erklärten aber die Beklagten einstimmig, daß sie niemals unterschrieben hätten, wenn sie eine Ahnung von diesem Streik gehabt hätten. Die von dem Rechtsanwalt der „Christlichen“ vorgebrachte Behauptung, daß vor der Auszahlung der Reders verlesen worden sei, bestritten sie auf das entschiedenste, sie hätten einfaß unterzeichnet sein müssen, und sie hätten gemeint, es wäre die Quittung für das erhaltene Geld gewesen. Die Sache wurde verlag auf Donnerstag den 12. Oktober dieses Jahres, es sollen dann weitere Zeugen vernommen werden.

Doch damit nicht genug. In der — wenn auch nur kurzen — Verhandlung kamen recht eigenartige Praktiken der „Christlichen“ Geschäftsgebarung zum Vorschein. So bestritten einige der Beklagten mit aller Entschiedenheit, jemals so viel Geld erhalten zu haben, wie auf den Quittungen steht. Der Vorsitzende erklärte dann auch: „Ja, die Quittungen sind überhaupt nicht recht klar, da steht 6 M. mit Zinte, daneben steht wieder 2 M. mit Zinte ist geschrieben, was gilt denn da eigentlich?“

Alle Streikunterstützungen mit Bleistift eingetragen!! Um, hm. Wir wollen dazu gar nichts äußern, aber fragen wollen wir: Was würden die „Christlichen“ schreiben, wenn bei uns so etwas vorkäme und welche Schlüsse würden daraus gezogen werden?!

Doch die eigenartigen Praktiken des „Christlichen“ Verbandes erfahren noch eine größere Illustration. Die eine Beklagte war vor ihrem Uebertritt dreieinhalb Jahre im Deutschen Metallarbeiterverband. Auf fortgesetztes Drängen ihrer sehr religiösen Mutter trat sie dann zu der „richtigen“ Organisation über, in der sicheren Erwartung, daß ihr gemäß den Bestimmungen des § 7 des „Christlichen“ Verbandsstatuts ihre Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiterverband angerechnet werde. Aber weit gefehlt: trotz der statutarischen Bestimmungen wurde die Mitgliedschaft nicht angerechnet. Der Fall verdient gemerkt zu werden, damit nicht noch mehr Kollegen durch religiöse Einwirkungen um ihre wohverdienten Rechte geprellt werden.

Die „Uneigennützigkeit“ und „Wahrhaftigkeit“ des „bestfundierten“ „Christlichen“ Verbandes ist damit wieder einmal richtig gelantzeichnet.

Zu den Aussperrungen.

Zur Aussperrung in Thüringen.

Die eigenartige und vollständig unbedeutende Aussperrung der Metallarbeiter in Thüringen ist jetzt soweit beendet, daß nur noch eine allgemeine offizielle Beendigung zu erfolgen braucht. Die Ortsgruppe Gera des Verbandes Thüringer Metallindustrieller gab nach einer Ausschusssitzung ihres Verbandes auf die Forderungen der Arbeiter die folgende Antwort:

1. Die Arbeitszeit wird in sämtlichen Betrieben, wo sie noch nicht 59 Stunden beträgt, auf 59 Stunden herabgesetzt.
2. Es wird eine sofortige Teuerungszulage gewährt von 1 M. pro Stunde, und zwar für alle in Lohn geleistete Arbeitszeit.
3. Am 2. Januar 1912 wird die Arbeitszeit auf 58 Stunden reduziert mit gleicher Teuerungszulage von 1 M.
4. Am 1. Juli 1912 wird die Arbeitszeit auf 57 Stunden herabgesetzt unter Gewährung einer Lohnzulage von 1 M. pro Stunde wiederum für die in Lohn geleistete Arbeitszeit.

Für die Aussperrten wurde darauf am Freitag das folgende Ultimatum an die Ortsgruppe Gera der Thüringer Metallindustriellen gestellt:

1. Die Arbeitszeit wird in sämtlichen Betrieben, wo sie noch nicht 58 Stunden beträgt, auf 58 Stunden herabgesetzt.
2. Es wird eine sofortige Teuerungszulage gewährt von 2 M. pro Stunde, und zwar für alle in Lohn geleistete Arbeitszeit.
3. Am 1. Juli 1912 wird die Arbeitszeit auf 57 Stunden herabgemindert unter Gewährung einer Lohnzulage von 1 M. pro Stunde, wiederum für die in Lohn geleistete Arbeitszeit.

Die Unternehmer stimmten dem zu. Die am 29. September abgehaltene Versammlung der Arbeiter beschloß, nun die Arbeit am 2. Oktober zu folgenden Bedingungen aufzunehmen:

1. Die Arbeitszeit wird in sämtlichen Betrieben, wo sie noch nicht 58 Stunden beträgt, auf 58 Stunden herabgesetzt.
2. Es wird eine sofortige Teuerungszulage gewährt von 2 M. pro Stunde, und zwar für alle in Lohn geleistete Arbeitszeit.
3. Am 1. Juli 1912 wird die Arbeitszeit auf 57 Stunden herabgemindert unter Gewährung einer Lohnzulage von 1 M. pro Stunde, wiederum für die in Lohn geleistete Arbeitszeit.
4. Ueberzuarbeit wird vergütet für die ersten Stunden mit 25 Prozent, für die spätere Zeit und für Sonntagarbeit mit 50 Prozent Aufschlag, auch wiederum für die in Lohn geleistete Arbeitszeit. Es sollen jedoch alle diejenigen Arbeiter, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes nach Feierabend oder über Sonntag geleistet werden, mit 25 Prozent als Lohnzuschlag vergütet werden.

und Helfer erhalten zunächst den durch die Arbeitszeiterhöhung bedingten Lohnausgleich. Ferner erhalten die Monteure eine Lohn-erhöhung von mindestens 3 %, am 1. Juli 1912 eine abermalige Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde. Bei autogenen Schweiß-Verfahren im Bau werden pro Schweißstelle 10 % vergütet. Für Frankfurter Bauten werden die Helfer vom Geschäft gestellt. Bei aus-wärtigen Montagen erfolgt die Einstellung der Helfer auf Anordnung des Unternehmers durch den Monteur. Uebernimmt ein Monteur seine Helfer nach einer anderen Montagestelle, so bezahlt die Firma Fahrgehalt, Fahrzeit und eine einmalige Vergütung von 2 M. Bei Arbeiten über 20 Kilometer vom jeweiligen Frankfurter Bahnhof entfernt erhält der Monteur eine Zulage von mindestens 3,30 M. pro Tag, Helfer 2 M. (bisher 3 und 1,50 M.). Wird ein Monteur während einer Montage vom Unternehmer nach einem andern Ort geschickt, so wird ihm, falls er übernachtet, ein Entgelt für die doppelte Wohnung eine Vergütung von 2 M. pro Tag, ohne Übernachtung 1 M. gewährt. Bei Montagen bis zu 10 Kilometer Entfernung wird Fahrgehalt und eine Vergütung von 1,50 M. be-zahlt; bei Montagen von 10 bis 20 Kilometer Entfernung außerdem die Fahrzeit. Monteure und verheiratete Helfer erhalten zu Weihnachts-, Ostern und Pfingsten Urlaub; desgleichen bei Montagen, die länger als drei Monate dauern, falls in diese Zeit nicht die ge-nannten Festtage fallen. Fahrgehalt und Fahrzeit wird bezahlt. Un-verheiratete Helfer haben nur zu Weihnachten Anspruch auf Urlaub. Besondere Abmachungen, die den Bestimmungen dieses Vertrags zu-widerlaufen, sind ungültig. Dieser Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1914. Die Dauer desselben verlängert sich stets um ein Jahr, falls er nicht 13 Wochen vor Ablauf gekündigt wird. — Da-mit ist der erste korporative Tarifvertrag (1906 erfolgte der Ab-schluss mit einzelnen Firmen) für die hiesige Holzgewerkschaft ab-geschlossen. Aufgabe der Kollegen wird es sein, für die Durch-führung desselben in allen Einzelheiten Sorge zu tragen.

Karlsruhe. Durch längere schriftliche Verhandlungen gelang es letztes Jahr, bei der Karlsruher Filiale der Firma Dechem & Poff einige Verbesserungen zu erzielen. Es war nicht viel, aber selbst das wurde während dem stillen Geschäftsgang von der Firma nicht immer gehalten. Der Filialleiter muß selber die Gewissheit haben, daß die Verhältnisse noch recht ungenügend sind, sonst würde sein Gewissen nicht ein Zirkular folgenden Inhalts an die Monteure losgelassen haben: „Karlsruhe, den 31. Juli 1911. An unsere Monteure! Nachdem jetzt im Herbst sich die Montagearbeiten wieder häufen, haben die Monteure die Gewohnheit, mit höheren Lohnforderungen an uns heranzutreten und teilen wir deshalb unseren Monteuren mit, daß wir jederzeit gerne bereit sind, etwaige Wünsche um Lohnverbesserungen möglichst zu prüfen und ebenfalls auch eine Lohnverbesserung einzutreten zu lassen. Wir haben jedoch im vorigen Jahre die Erfahrung gemacht, daß durch plötzliche große Erhöhung der Monteurlöhne unsere Montagen gerät teuer werden, daß dies sich im Umsatz sichtbar macht, also durch die höheren Monteurlöhne es uns schwerer fällt, Aufträge hereinzubringen. Wir teilen unseren Monteuren deshalb mit, daß wir infolge der schlechten Geschäftslage eine allgem. eine Lohnverbesserung leider nicht ein-treten lassen können, so gerne wir dies schon längst getan hätten. Jedoch wollen wir so viel als irgend möglich wenigstens jenen Mon-teuren zuliegen, deren Leistungen dies von selbst uns ermöglichen. Sobald sich die Geschäftslage bessern wird, werden wir von uns aus entsprechende Verbesserungen vornehmen.“ Wir wollen nur hoffen, daß sich die „Geschäftslage“ bald bessert, damit der Herr Filialleiter die sich aus entsprechende Verbesserungen vornehmen kann. Eventuell werden sich die Monteure erlauben, an die bessere „Geschäftslage“ zu erinnern, auch auf die Gefahr hin, daß Herr Chobanec wieder meint, es sei dies nur eine Schwachheit.

Metallarbeiter.

Barmen. Seit zehn Wochen stehen die Arbeiter der hiesigen Maschinenfabriken im Streik. In der Hauptsache handelt es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit. Gerade diese Forderung hat aber den schärfsten Widerstand der Unternehmer verursacht. Im Streik stehen noch von 21 Betrieben rund 350 Arbeiter, während in 18 Betrieben mit 700 Arbeitern eine Einigung erzielt werden konnte. Die Arbeitszeit wurde für diese Arbeiter um rund 1950 Stunden, für jeden Arbeiter im Durchschnitt um 2 1/2 Stunden pro Woche vermindert. Im allgemeinen muß der Stand des Streiks als günstig bezeichnet werden, da an Arbeitswilligen in den gesamten Betrieben kaum 90 vorhanden sind. Bei drei im Streik befindlichen Betrieben finden jetzt Verhandlungen statt, die wohl schon zur Einigung geführt haben werden, wenn diese Stellen im Druck erscheinen. Unter diesen drei ist auch die Firma, die die meisten Arbeitswilligen im Betriebe hat. Allerdings sind auch von den 90 Arbeitern, die bei ihr in den Streik getreten sind, nur noch 17 vorhanden. Alle anderen haben schon anderwärts Arbeit gefunden. Die Unternehmer stellen nun mit einer Hartnäckigkeit, die einer besten Sache würdig wäre, die Behauptung auf, die Arbeiter wollten mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen eine „Wachtprobe“ erteilen. Deshalb der Streik. Die Organisationskomitee haben von Anfang an eine friedliche Verhandlung versucht. Weil den Arbeitern bei früheren Gelegenheiten immer gesagt wurde, sie sollten sich wegen Verkürzung der Arbeitszeit an den Arbeitgeberverband wenden, richteten wir unterm 13. April ein Schreiben an den Arbeitgeberverband und ersuchten ihn um Verhandlungen. Am 27. April antwortete der Arbeitgeberverband: „Auf Ihre Zuschrift vom 13. dieses Monats teile ich namens des Verbandes ergeben mit, daß der unterzeichnete Verband als ein gemeinsamer Arbeit-geberverband nicht in der Lage ist, die Arbeitszeit in den Betrieben seiner den verschiedensten Fabrikzweigen angehörenden Mitglieder einseitig zu regeln. Die Mitunterzeichner Ihres Schreibens wollen Sie gefälligst hiervon in Kenntnis setzen.“ Und aber kein Mittel na-besucht zu lassen, durch Verhandlungen ein Ueberbündnis zu er-zielen, wendeten wir uns nochmals schriftlich an den Arbeitgeber-Verband. Darauf ging überhaupt keine Antwort ein. Eine nochmalige Entwertung war ebenfalls erfolglos. Unter'm 20. Juni wurden dann an die ersten Unternehmer die Forderungen eingereicht. Der der Arbeitsüberlegung haben dann in einigen Betrieben die Arbeiter-anstöße aus eigener Initiative einen Versuch zur friedlichen Re-gelung gemacht, indem sie einen Vorschlag auf 56 Stunden machten. Auch dieses wurde abgelehnt, mit Ausnahme eines größeren Unter-nehmens, der wenigstens den Versuch unternahm, wollte, auf dieser Grundlage eine Einigung zustande zu bringen. Die Arbeiter dieses Unternehmens verpflichteten sich, mit der Arbeitsüberlegung so lange zu warten, bis das Resultat dieses Versuches bekannt war. Diesen Unternehmer soll man ausgelacht haben. Mittlerweile unterzogen der Oberbürgermeister von Barmen einen Vermittlungsversuch. Noch länger Zeit ging auch das alles und die Mitteilung an, daß die Unternehmer keine Vermittlung abgelehnt hätten. Die man bei einer solchen Sachlage zu der Behauptung kommt, die Arbeiter wollten eine Wachtprobe erteilen, werden aus die Unternehmer wohl ge-legentlich betonen. Doch wissen wir wohl den Grund für die Hart-näckigkeit der Unternehmer wollen gelbe Werkvereine gründen. Da dieses nun in wenigen Tagen nicht gut möglich ist, soll diese Gelegenheit dazu benutzt werden. Da es allerdings ent-wendigt, daß die Arbeiter darüber nachzudenken werden. Jedenfalls: wie so mancher Wunsch der Arbeitgeber wird auch dieser zerschanden werden. Die Organisation der Arbeiter ist auch hier so weit ge-wachsen, daß man sie wohl teilweise zum Stillstand bringen kann, aber sie zu vernichten, das wird man nicht erreichen. — In einer am 26. September abgehaltenen Metallarbeiterversammlung wurde fol-gende Resolution angenommen: „Die am 26. September 1911 zu Barmen in der „Stahlhütte“ tagende jährliche hiesige öffentliche Metallarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Stand der Be-wegung in der Metallindustrie des Ruhrpottals. Die Versammlung erklärt das Streben der Metallarbeiter nach einer einheitlichen Re-gelung der Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse als durchaus berechtigt. Die Durchführbarkeit dieser Regelung ergibt sich aus der Tatsache, daß bereits mit 18 Firmen eine Einigung erzielt worden ist. Um so mehr ist die Forderung der dem Arbeitgeberverband angehörenden

Firmen zu beurteilen, die Verhandlungen über die Differenzpunkte bisher ablehnten, und dadurch den Streik verurteilten. Die Ver-sammlung sprechen den von gerechtfertigten Forderungen kämpfenden Ar-beitern ihre volle Sympathie aus und erklären, dieselben in jeder Weise in ihrem Kampfe unterstützen zu wollen.“

Delenhorst. Bei der Firma Delrhorster Wagengabrik Carl Köntjes u. Co. haben die Holzarbeiter im vorigen Jahre einen langwierigen Streik geführt, wodurch unsere Kollegen in Mitleiden-schaft gezogen wurden. Der Streik wurde verloren, da die Firma einen gelben Verein für ihren Betrieb gründete und mit Hilfe der Berliner Macher genügend Arbeitskräfte bekam. Ein Teil unserer Kollegen wurde trotzdem nach Beendigung des Streiks wieder ein-gestellt, man will sie aber jetzt zwingen, in den Nationalen Werk-verein einzutreten und man macht trampfaste Anstrengungen, aus allen Gauen Deutschlands weitere Arbeitskräfte heranzuziehen. Von den Jurensen verlangt man auch, daß sie in den gelben Verein ein-treten. Wir warnen die Kollegen davon, in diesem Betrieb Arbeit anzunehmen.

Helgoland. Wir bekümmern uns im Allgemeinen nicht um den Guttemplerorden; wenn wir aber diesmal eine Aus-nahme machen, so hat es seinen Grund. Mitte Januar dieses Jahres regte in einer Sitzung der hiesigen Loge der L. D. (Logenbeputierte) Meiermeister Köber an, die Loge möge eine Kaisergeburtstagsfeier heranzustellen. Im Vorjahre war er mit diesem Vorschlag schon ein-mal gekommen und abgelehnt, nachdem ein recht unbeflegter Zimmerer den Vorschlag dahin erweitert hatte: dann auch den 1. Mai zu feiern. Auch diesmal fand sich ein Widersprecher. Ein junger organisierter Arbeiter, Otto W., machte den L. D., der als Vertreter des Groß-templers für die Einholung der Ordensgesetze zu sorgen hat, dar-auf aufmerksam, daß nach § 76 der Gesetze des Ordens, wonach, in den Logenräumen während der Versammlungen der Guttempler unter keinen Umständen für irgendwelche politischen oder religiösen Be-lehrnisse Propaganda gemacht werden darf, eine solche Feier, ja schon deren Ankündigung nicht in die Loge gehöre. Diese Rede paßte natürlich den Gurrupatrioten der Loge nicht. W. wurde unter-brochen und mit Worten wie „Schändel“ und „Schulung“ regaliert. Aus der Feier wurde nichts. Einige Tage nach Kaisergeburtstag erhielt W. ganz plötzlich, morgens 9 Uhr, von der Firma Hagemann (Harburg), die Fortifikationsarbeiten ausführt, seine Ent-las-sung. Als er nach dem Grunde fragte, erfuhr er schließlich, daß er wegen seines Verhaltens betreffend die Geburtstagsfeier der Firma denunziert worden war. Trotz aller Bemühungen war es W. nicht möglich, auf der Insel andere Arbeit zu finden. Bald darauf wurde ein anderes Ordensmitglied, ebenfalls organisierter Arbeiter, entlassen und mußte, wie W., die Insel verlassen. Offenbar paßte es einigen Ueberpatrioten nicht, organisierte Arbeiter in der Loge zu haben. So sagte unter anderem der Sekretär der Loge, Herr Meiermeister Winter, als es sich um die Aufnahme von neuen Kandidaten handelte, unter denen mehrere Organisierte waren: „Von der Sorte haben wir genug.“ Und bei einer anderen Gelegenheit: „Wir wollen einfach keine Sozialdemokraten.“ Das dritte Opfer wurde unser Kollege B., Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, seit mehr als zehn Jahren Guttempler und Gründender der Loge auf Helgoland. In aller Stille wurde gegen ihn ein Gerichtsverfahren eingeleitet auf Grund des § 77 der Ordens-gesetze. Dieser Paragraph lautet: „Keine Person darf Mitglied des Ordens bleiben, welche sich mit Unternehmungen befaßt, die zwar an und für sich nicht ungesetzlich sind, aber doch von der öffent-lichen Meinung als anständig oder unmoralisch be-zichnet werden.“ Dieser Paragraph ist ja wie gemacht, um jeder Willkür die Tore zu öffnen, und in diesem Falle mußte er aus-reichen. Die öffentliche Meinung, repräsentiert durch einige Hand-werksmeister, Polizeibeamte, Hofenscheider etc., war sich einig, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband selber, leider zwar nicht un-gesetzlich, aber doch unmoralisch und anständig ist. Was braucht der Guttempler-Verband auch besondere Vereine zur Vertretung seiner Interessen, zumal wenn diese den Interessen anderer Logenbrüder entgegenstehen! Unser Kollege wurde mit Hilfe des § 77 aus der Loge entlassen. Auf seine Beschwerde kam der Distrikts-templers Kampus und untersuchte. Er fand, daß beide Teile Recht hätten, und schlug als Ausbühlsweg aus der ihm un-bequemen Situation vor: die Arbeiter könnten ja eine besondere neue Loge gründen. Er hatte sogar schon einen Namen für diese Loge parat: „Roter Fels!“ Der Vorschlag verbietet ohne Zweifel Nachahmung, denn man könnte auch andere Logen gründen und sie „Blauer Dampf“, „Gelbe Erde“ etc. nennen. Man wählte dann doch immer gleich, welcher Art die betreffende Loge ist. Herr Kampus hatte mit seinem guten Rat übrigens kein Glück, die Arbeiter wollten ihr Recht. Auch löste der Vorschlag auch auf der Gegenseite Proteste aus und man drohte, der neuen Loge das Sozial abzu-treiben. Der nunmehr angerufenen Großtemplers, Herr Blume, zog sich auch mit einer leeren Ausrufe aus der Klemme: B. sei ja nicht aus dem Orden, sondern nur aus der Loge ausgeschlossen! Recht hübsch gerade in diesem Falle, wo es sich um die Insel mit einer Loge handelt. Auch vom „Mittleren“, der nachdacht, mußte Herr Blume zu sprechen. — So kann es organisierten Arbeitern im „neutralen“ Guttemplerorden ergehen. Die Kollegen und Genossen, die es für notwendig halten, einer Organisation zur Förderung der Abgrenzung anzugehören, werden daraus schon ihre Folgerungen ziehen können.

Köln. Die Kollegen der Köln-Schneiderei der A-schneiderei waren am 12. September durch unsere Geschäftsleitung nachstehende Forderungen ein: Verkürzung der Arbeitszeit von 58 1/2 auf 56 1/2 Stunden. Festlegung von Mindest-löhnen, für Schloffer von 40 und 45 S., für Bohrer, Hobler und Stoßer von 42 S. und für Hilfsarbeiter von 40 S. Zuschläge für Überstunden 25 Prozent und für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent. Festlegung des Abschreibepreises, bevor die Arbeit be-gonnen wird. Erhöhung sämtlicher Löhne und Abschreibepreise um 10 Prozent. Letztere Forderung ist zum Teil als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit bestimmt. Diese Forderungen, die man als beiderseitig beizuhaltend kann, machten die Direktion ganz wild. In einem Schreiben an uns lehnte sie die Forderungen sowie Ver-handlungen mit uns ab und verwies auf ihren Arbeiterschuß. Als dieser aber verhandeln wollte, war die Kasse bei der Direktion noch nicht wieder eingeleert. Herr Direktor Haake nannte die Forderungen unvernünftig und erklärte, über solche Forderungen könne nicht verhandelt werden; die Arbeiter sollten erst einmal Mindestforderungen einreichen. Zudem meinte der Herr weiter, er könne nicht begreifen, wie die Arbeiter jetzt gerade, wo die Firma so weit in der Arbeit läge, und wo noch dazu ein Neubau errichtet werden sollte, Forderungen stellten. Solche Löne können nur bei den Arbeitern nicht ziehen und sie erklärten, ihre Forderungen wären Mindestforderungen, welche die Firma darüber nicht ver-handeln, so hätte die Firma selbst die Verantwortung für einen Streik zu übernehmen. Als die Firma trotzdem weiter schimpfte, traten am 20. September die Arbeiter in den Streik. Als am 29. September eine Einigung noch nicht erzielt war, richtete das Logen-Sekretariat an uns wie auch an die Firma die Anfrage, ob die Parteien gewillt wären, vor dem Streikbeginn als Ein-igungsbase zu erscheinen. Diese Anfrage wurde von uns bejaht; die Antwort der Firma steht zurzeit noch aus.

Linde i. B. Mit schweren Rückschlägen haben die Kollegen in der Lindeer Filiale der Westfälischen A. Sauerer (Arbon in der Provinz) zu kämpfen. Längere Zeit schon haben diese Arbeiter nach Befriedigung dieser Rückschläge bei der Firma nachgehakt, es wurde ihnen auch versprochen, aber nicht gehalten. Die Kollegen mußten im Monat 10 bis 20 Prozent billiger arbeiten als die in Arbon, was noch nach und nach zu einer großen Enttarnung führte. Auch die Stundenlöhne haben hinter denen des Hauptgeschäfts zurück. Die Handwerker der jetzigen Bewegung liegt aber in der Verhandlung durch den Meiermeister. Der Herr selbst, den Arbeiter wegen jeden kleinen Fehlers sofort mit Strafbüßen und Ohrfeigen zu drohen. Auch bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen verheirateten Kollegen, der sofort die Werkstätte verlassen mußte. Der

von der Arbeiterkassette gewählte Vertrauensmann wollte sich die Sach-lage erklären lassen, wurde aber auch sofort entlassen, was zur Folge hatte, daß sämtliche Kollegen die Arbeit niederlegten. Die Verhand-lungen, die darauf folgten, ließen erkennen, daß Herr Sauerer nur den Angaben des Meiermeisters Glauben schenkte, die Angaben der beauftragten Kommission aber als unglaubwürdig hinstellte. Da die Verhandlungen gescheitert sind, ist Zugzwang streng fernzuhalten.

Rundschau.

Der neugewählte sozialdemokratische Parteivorstand
beröffentlicht folgenden Aufruf:

An die Partei!
Parteilgenossen! Der Parteitag in Jena hat die Einheit und Ge-schlossenheit der Partei in allen wichtigen politischen Fragen be-stätigt. Die Unterzeichneten, vom Parteitag zur Führung der Ge-schäfte berufen, werden alles tun, um das ihnen entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen.

Parteilgenossen! Wir leben in sorgenvoller Zeit und gehen noch ernstesten Sorgen entgegen. Unter der Feuerung aller Gegens-tände des Bedarfs hat der Notstand der Arbeiterklasse einen Grad erreicht, der unerträglich geworden ist und weite Volkskreise zur Verzweiflung treibt. Die Angewiesenen dieses Massenlebens, die agrarischen und industriellen Schutzgelder, verschließen ihre Ohren dem Schrei der Ausgebeuteten und die Re-gierung, ihr Verwaltungsausschuß, denkt nicht daran, wirksame Abhilfe zu schaffen.

Eine Schaar Kapitalisten treibt im Profitinteresse, unterstützt von rumpflüchtigen Militärs, eine verbrecherische Kriegs-herbe, unbekümmert darum, ob Hunderttausende hinge-schachtet werden, das gesamte wirtschaftliche Leben zusammenbrechen wird, Not und Elend in grau-ensvoller Weise vermehrt werden.

Immer größer wird die Zahl derjenigen, die nicht die letzte Rest von Lebensfähigkeit zu Grunde gehen — eine Rettung nur noch in der Änderung unserer politischen und wirtschaftlichen Zustände von Grund aus er-blicken.

Diesem Ziele näherzukommen, und zugleich mit den Unterdrückten gründliche Abrechnung zu halten, ist dem Volke bald Gelegenheit gegeben.

Der Parteitag in Jena hat bereits in eindrucksvoller Weise das Signal zum Wahlkampf gegeben.

Der Wahlkampf ist damit für uns eröffnet.

Parteilgenossen! Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind uns besonders günstig. Über täuschen wir uns nicht! Die Gegner werden Anstrengungen machen, wie wir sie noch nie erlebt haben, um uns zurückzuwerfen. Da dürfen wir nicht einen Augenblick unausgenutzt lassen!

Von heute an muß es mehr denn je unsere Pflicht sein, neue Mitglieder für unsere Organisation zu werden und neue Leser für unsere Parteipresse zu gewinnen. Das ist der wirkliche und dauernde Gewinn, den uns neben der Vermehrung unserer Mandate und einer starken Zunahme unserer Stimmen der Wahlkampf bringen kann und muß.

Parteilgenossen! Auf dem Boden unserer Grundzüge kämpfend, werdet Ihr den Wahlkampf streng sachlich führen, ohne Ruh und Kost mit all der Energie, Opferwilligkeit und Ausdauer, die oft genug den Neid und die Verwunderung unserer Gegner hervorgerufen haben.

Gehen wir nunmehr freudig an die Wahlarbeit!

Und kommt dann der Wahlsieg heran, dann treten wir an zum Sturm auf die gegnerischen Schlangen, von denen wir auf den ersten Anlauf eine ganze Anzahl niederzurennen gedenken!

Wir wollen sorgen, daß die angeblich überbe-garteten von 1907 im Jahre 1912 ihren Mann stellen und fest im Sattel sitzen.

Parteilgenossen! Auf zum frischen, frohlichen Kampf!
Hoch die Partei!

Berlin, den 21. September 1911.

Der Parteivorstand.

Behel, Braun, Ebert, Gerlich, Haase, Piepmann, Mollenhuth, Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wengels, Zieg.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg.

Wieder eine Wahl, die als eindringliches Warnungszeichen für die „maßgebenden Politiker“ gelten kann! Am 19. September war im Wahlkreis Düsseldorf für den verstorbenen Zentrumsler Kirsch ein Ersatzmann zu wählen. Als sozialdemokratischer Kandidat wurde der Parteisekretär Haberland aufgestellt. Das Zentrum glaubte ohne Zweifel etwas besonders schlaues zu machen, indem es den Kandidat Dr. Friedrich aufstellte, denn dieser Herr war außer-dem noch Hansabändler. Wenigstens gehörte er dem Hansabunde an und hieserte in dieser zwiespältigen Stellung einige Wochen lang Stoff für die Wählblätter, bis er dann unmittelbar vor der Wahl, als es klar wurde, daß es ihm doch wenig nützen würde, den Mantel auf beiden Schultern zu tragen, seinen Austritt aus dem Hansabund erklärte. Die Demokratische Vereinigung stellte den Dr. Breitscheid auf, allerdings wohl nur, um einmal zu sehen, wieviel Stimmen sie mit aller Kraft aufbringen kann, denn an einen Sieg ihres Kandidaten war von vornherein nicht zu denken. Bei der Wahl erhielt Haberland 84071 Stimmen (1907: 25389), Friedrich 29291 (29259), Gerkenrath („Nationale Vereinigung“) 5148, Breitscheid 3315, Chojizowski (Pole) 820 (268). Bei der Wahl im Jahre 1907 hatte außerdem der Kandidat der Nationalliberalen 14664 Stimmen erhalten und der der Freiwirtschaftlichen Vereinigung 598. Es zeigte sich vor allen Dingen eine gewaltige Steigerung der Wahl-beteiligung. Das Zentrum gewann dabei jedoch nur 22 Stimmen, während Haberland 8882 neue Stimmen erhielt. Die Stichwahl zwischen Haberland und Dr. Friedrich fand am 29. September statt und führte zum Siege des Sozialdemokraten. Haberland erhielt 39283 Stimmen und Dr. Friedrich 35894. Man sieht zunächst die große Steigerung der Wahlbeteiligung bei der Stichwahl. Anzuerkennen ist, daß die Anhänger Breitscheids energisch für die Wahl Haberlands eintraten, eine Parole, die anscheinend auch gut besetzt wurde, während die „Nationale Vereinigung“ ihren Anhängern Stim-menenthaltung empfahl hatte. Außerdem hat der sozialdemokratische Kandidat noch ungefähr 1800 Stimmen neu gewonnen und wir dürfen uns dieses Sieges um so mehr freuen, als die Zentrumsparthei natürlich wieder in der stumpfsten Weise gearbeitet hatte, in der Hoffnung, zeigen zu können, wie dauerhaft die Bretter sind, die sie ihren Nachfolgern aus der Arbeiterklasse vor die Füße zu legen pflegt. Aber auch bei den rheinländischen Industrieproletariats bricht sich die bessere Erkenntnis langsam, aber sicher Bahn. Auch hier geht es vorwärts und hoffentlich bringen die allgemeinen Wahlen im nächsten Jahre eine gute Fortsetzung.

Gewerkschaftliches.

Zigarettenfabrikanten. Der Zentralverband der Zigarettenfabrikanten und Tabakhersteller Deutschlands hielt vom 4. bis zum 6. September in Dresden eine außerordentliche Generalversammlung ab.

Wächner- und Installateur-Fachschule zu Karlsruhe. Am 28. Juli ist der Ergänzungskurs an der seit Mai 1909 zu Karlsruhe geschlossenen Wächner- und Installateur-Fachschule zu Karlsruhe geschlossen worden.

Die A. H. e. n. i. s. c. h. e. Zeitung bemerkt dazu: Es mag recht bitter für die Unternehmer sein, daß all diese Liebesmühen vergebens ist, weil jeder ehrenhafte Arbeiter Verräterdienste unter polizeilichem Schutz ablehnen muß.

Unter der Kategorie der den Unternehmern auf Tod und Leben ergebenden Ingenieure etc. sind Leute, die selbst nötig hätten, zu streiken, damit sie mit ihrem „Gehalt“ nicht hinter dem Einkommen eines Bauarbeiters zurückbleiben.

Ein „Kulturbild“ in der Arbeit, „gebet“-Zeitung.

Die Lintenkult des Unternehmertums erkennen immer neue Methoden zur Bekämpfung und Verhinderung der Bestrebungen der Arbeiterklasse. Sie gaulen den Unternehmern immer neue Schreckbilder vor.

Damit sich unsere Kollegen einen Begriff von dem Zeug machen können, das das Wohlstandes der Arbeit, „gebet“-Zeitung in so hohem Maße erlangen hat, wollen wir einiges daraus zitieren.

„Mit seltenen Tritten, die breite, gewölbte Brust stramm herausgebrückt, trat der Mechaniker Leonhard noch täglich durch das Fabriktor. Entledigte sich in der Garderobe seiner Oberkleider und stand fünf Minuten nach 7 Uhr vor seinem Schraubstisch.

„Das Fräsen kann in fünf Minuten beendet sein. Er schaltet die Drehbank ein, die Räder schwirren, behutsam dreht er die Kurbel und wirft einen Blick auf die vor ihm liegende Tafelmaschine.

Der Redakteur der Arbeit, „gebet“-Zeitung, Herr v. Reitz, hat gewiß schon Gelegenheiten genug gehabt, industrielle Werke zu besichtigen.

Staatlicher Schutz für Streikbrecher.

Wie viel Geld und Mühe es sich die Herrin Elektrotechnikschule kosten lassen, um sich einige Arbeitswillige halten zu können, mag folgender Brief bezeugen, der der Rheinischen Zeitung zur Verfügung gestellt wurde:

Kugul Berghausen Ingenieur der Elektrotechnik. Köln, den 20. Sept. 1911.

Herrn R. N. Antworlich Ihrer Karte v. 19. cr. können Sie sofort bei mir eintreten.

Ich würde Sie vorläufig in den hiesigen Justizneubauten am Reichenspergerplatz beschäftigen, woselbst momentan 12 (?) Leute von mir beschäftigt sind und größter Schutz von der Polizeibehörde gewährt wird.

Die Rheinische Zeitung bemerkt dazu: Es mag recht bitter für die Unternehmer sein, daß all diese Liebesmühen vergebens ist, weil jeder ehrenhafte Arbeiter Verräterdienste unter polizeilichem Schutz ablehnen muß.

Unter der Kategorie der den Unternehmern auf Tod und Leben ergebenden Ingenieure etc. sind Leute, die selbst nötig hätten, zu streiken, damit sie mit ihrem „Gehalt“ nicht hinter dem Einkommen eines Bauarbeiters zurückbleiben.

Der Boykott als wirtschaftliches Kampfmittel.

w. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Ueber die Grenzen des Erlaubten bei Handhabung des Boykotts hat das Reichsgericht sich in einer seiner jüngsten Entscheidungen erschoßend ausgesprochen.

Es handelte sich in diesem Falle um den Boykott der der Gemeinde Zehlenborf gehörigen Wirtschaft „Hühnerhof“, deren Wächter durch einen Gemeindefestsetzungsbeschluss unterstellt war, den Saal zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben.

Die guten Sitten deshalb vorzuziehen, weil das Mittel des Boykotts, dürfte niemals gegen einen Dritten, hier den Wirtschaftsprüfer, angewandt werden, der zur unmittelbaren und mittelbaren Abhilfe überhaupt außer stande sei.

„Keine Partei.“ So sagt der erkennende Senat, „daß auf traffe Zucht unter ihren Mitgliedern hält, kann es dulden, daß ihre Befehle oder Weisungen von diesen unbeachtet gelassen werden.“

„Selbstmord oder Tötungsdelikt infolge Dynamitexplosion? Der im unterirdischen Betriebe der Mathildenhütte zu Schleierbach (Sax) mit Sprengarbeiten beschäftigt gewesene Süttenarbeiter R. war am 21. April 1910 infolge Explosion einer Mine Dynamit tödlich verunglückt.“

Der erste „Erfolg“ des schwarz-blauen „Gewerkschafts“-Blatts.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Friesenheim, Kreis Moers, am 26. September, erzielten die freien Gewerkschaften 514 Stimmen, der Christlich-national-evangelisch-katholisch-Christlich-Demokratische Klub 319 Stimmen.

Die „Nationalen“, wie sich die Klubmitglieder diesmal nannten, haben also seit der letzten Wahl ganze 12 Stimmen zugenommen, dagegen die freien Gewerkschaften 261. Es ist das ganz besonders beachtenswert, da in diesem Gewerbegerichtsbezirk die Wähler sich fast ausschließlich aus Arbeitern der Friedrich Alfred-Hütte, Wittengewerkschaft Krupp, zusammensetzen, und die Stimmzettel für die „Nationalen“ am Wahllokal zum Teil von Meistern und Beamten der Firma verteilt wurden.

Zudem sind wir mit diesem „Erfolg“ des neuen Gewerkschafts-Blatts zufrieden. Ein gutes Dienen für die Reichstagswahlen!

Gewerbegerichtliches.

Wieweit haftet der Affordarbeiter für Verschulden eines Hilfsarbeiters? (Bürgerliches Gesetzbuch § 278. Urteil des Gewerbegerichts Berlin, Kammer 5, vom 18. März 1911; eingeleitet vom Vorliegenden Magistratsrat Boelting.) Der Kläger war vom 23. bis 31. Januar 1911 im Betriebe der Beklagten als Former gegen Affordlohn beschäftigt.

Nach Beweisaufnahme ist die Klage abgewiesen worden. Aus den Gründen: Nach den für das Gewerbegericht bestehenden Tarifabkommen kann der Former nur für solche Ausschusshilfe Bezahlung verlangen, die nachweislich ohne sein Verschulden Ausschuss geworden sind.

Der Kläger hat nun aber nachzuweisen, daß der Schaden durch den Hilfsarbeiter verursacht wurde. Nach der glaubwürdigen Zeugen- und Sachverständigen-Aussage hat nun der Hilfsarbeiter trotz seines Abtrübens nach ausdrücklicher Anweisung des Klagen Affordarbeiters das Gussstück nach derjenigen Seite umklappen müssen, wo sich ein Schienenstrang befand.

Fortsetzung des Lehrverhältnisses. Ein Schlosserlehrling war von der ersten Rheinischen Patent-Strahlmaschinen-Fabrik zu Köln entlassen worden. Der Vater des Lehrlings klagte auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses, eventuell auf Zahlung einer nach festzusetzenden Entschädigung.

„Selbstmord oder Tötungsdelikt infolge Dynamitexplosion? Der im unterirdischen Betriebe der Mathildenhütte zu Schleierbach (Sax) mit Sprengarbeiten beschäftigt gewesene Süttenarbeiter R. war am 21. April 1910 infolge Explosion einer Mine Dynamit tödlich verunglückt.“

Arbeiterversicherung.

„Selbstmord oder Tötungsdelikt infolge Dynamitexplosion? Der im unterirdischen Betriebe der Mathildenhütte zu Schleierbach (Sax) mit Sprengarbeiten beschäftigt gewesene Süttenarbeiter R. war am 21. April 1910 infolge Explosion einer Mine Dynamit tödlich verunglückt.“

